



Expeditor: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 113. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkendorf.

Freitag, den 8. März 1867.

## Die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfes.

Es scheint, als würden wir endlich dazu gelangen, uns in unserem parlamentarischen Leben von den bureaukratischen Traditionen loszu lösen. Das Verlangen, den Verfassungsentwurf einer Commission zur Vorberatung zu überweisen, ist von einer geringeren Minorität unterstützt worden, als wir zu hoffen gewagt hätten. Die Besorgniß, es möchte bei einer Vorberatung im ganzen Hause die Sache über das Knie gebrochen werden, schint also von Wenigen getheilt worden zu sein, obwohl man sich mit Emphäie auf das Beispiel der letzten Budgetberatung berufen hatte.

Um zunächst von dieser ein paar Worte zu sagen, so müssen wir bekannten, daß wir von ihr völlig befriedigt waren, und hoffen, es werde derselbe Beratungsmodus in Zukunft immer Platz greifen. Wir erwarten, daß die künftigen Budgets zu ihrer Beratung eine etwas längere Zeit sogar das Doppelte, in Anspruch nehmen werden, denn diesmal sah man allerdings von einer allzu minutiösen Prüfung ab, weil man höher als eine etwaige Ersparnis von ein paar Tausend Thalern die Rücksicht stellte, die Verfassung in alle ihr so lange vorenthaltenen Ehren voll einzusetzen, und darum die Publication des Staatshaushalts vor Jahresende herbeizuführen wollte. Indessen, wenn die Budgetberatung auch diesmal nicht minutiös war, so war sie doch nicht ungründlich. Man hat zu prüfen unterlassen, ob in irgendeiner Provinzialstadt, in der die Regierung einen Neubau aufführen wollte, nicht ein Reparaturbau hingereicht hätte, und was vergleichliche Kleinigkeiten mehr sind. Die politischen Gesichtspunkte sind auf das Gründlichste erörtert worden, und die Budgetberatung soll vor allen Dingen ein politischer Aet sein. Was darüber hinausliegt, daß man in Preußen getrost den Kassenräumen und ihren Calculatoren überlassen.

Nun aber zurück zu dem Verfassungsentwurf. Da sind 297 Mitglieder in den Reichstag gewählt, deren jeder Einzelne von 3000 bis 10,000 Staatsbürgern es schwarz auf weiß bescheinigt erhalten hat, daß sie ihn für den tüchtigsten unter Allen halten, in ihrem Auftrage bei der Beratung der Verfassung mitzutun. Und von diesen 297 Männern sollte es sich die Mehrzahl gefallen lassen, daß man sie vier Wochen lang darauf anweist, die Kunstsäthe der Residenz zu studiren, während eine vielleicht aus 30 Mitgliedern bestehende Commission ihnen die Speise mundgerecht mache! Diese Commission sollte jede Redaktionsveränderung bis zum Semester herab gründlich erprobten, ohne daß irgend ein anderes Reichstagsmitglied dazu käme, sich auch nur über die wichtigsten Prinzipienfragen mit einem Worte zu äußern! Bei Wanderversammlungen, an denen stets ein großes Contingent blos Neugieriger teilnimmt, bei Volksversammlungen, in denen es darauf ankommt, Einsicht in die Sache aus den Kreisen der Wissenden in höhere Schichten zu verbreiten, ist eine vorbereitende Commission unerlässlich, allein in einer Versammlung, in der jedes einzelne Mitglied ganz genau weiß, worauf es ankommt, hätten wir sie für einen geradezu störenden Apparat gehalten.

Der Kaiserliche Entwurf einer neuen Geschäftsordnung enthält manche sehr gute Bestimmungen, von denen wir überzeugt sind, daß sie sich mit der Zeit noch Bahn brechen werden. Dass man jetzt von zeitraubenden Beratungen über eine neue Geschäftsordnung Abstand genommen hat, ist gewiß zu billigen. Aber man wird für die Zukunft das von Lasker angeregte Prinzip einer wiederholten Lesung ernst in das Auge fassen müssen. Die bisher übliche Weise der Beratung größerer Gesetzentwürfe litt an einer fehlerhaften Dekonome. Zunächst folgt eine Generaldebatte, in welcher fast niemals ein Redner sich direkt gegen seinen Vormann wandte, weil jeder ganz besonders allgemeine Gesichtspunkte im Auge hatte. Diese Generaldebatte verließ ohne Abstimmung, d. h. ohne Resultat. Dann folgt die Specialdebatte, die regelmäßig mit § 1 beginnt und mit dem letzten Paragraphen schließt. Die Frage, ob ein wichtiges neues Prinzip in die Gesetzgebung aufgenommen werden soll, konnte also nur in der Form zur Entscheidung gebracht werden, ob eine bestimmte Fassung des Paragraphen, der dieses Prinzip zufällig zuerst zum Ausdruck brachte, angenommen werden sollte. Jeder einzelne Paragraph wurde berathen, als ob er allein in der Welt stände; Zufallsmaioritäten brachten hier das eine, dort das andere Prinzip zum Durchbruch, und so entstehen mit der Zeit Gesetze, deren einzelne Theile nicht mit einander congruieren. Als abschreckendes Beispiel in dieser Beziehung wollen wir nur die Strafprozeßnovelle vom 3. Mai 1852 nennen, in der ein leitendes Prinzip nicht zu entdecken ist. Ein solches Gesetz hätte nimmermehr entstehen können, wenn die damaligen Kammer eine bessere Geschäftsordnung gehabt hätten.

Wir meinen also, die erste Lesung muß schließen mit der Annahme gewisser wichtiger Grundprinzipien, über welche sich die Versammlung auf Grund der stattgehabten Discussion schlüssig macht. Auf Grund

feststehender Prinzipien alsdann das Detail sorgfältig durchzuarbeiten, die geeignete Fassung festzustellen, dem Entwurf Rundung und Harmonie zu geben, das ist freilich eine Aufgabe, der kleine Commissionen sich erfolgreicher unterziehen als eine große Versammlung. Die Arbeiten dieser Commissionen, die Diennerinnen des Plenums bleiben, anstatt sich zu seinen Herrinnen aufzuwerfen, bilden dann die richtige Grundlage für die wiederholte Lesung. Nur bei einer solchen Art der Bearbeitung kann die wirkliche Willensmeinung der Versammlung ermittelt werden.

Breslau, 7. März.

Die letzte Nummer der „Prov.-Corresp.“ mußt sich außerordentlich mit der Parteistellung im Reichstage ab; sie bringt nicht weniger als drei in dieses Gebiet einschlagende Artikel. Was zunächst die Präsidentenwahl betrifft, so schreibt sie:

Abgesehen von der noch obwaltenden Unsicherheit der Parteistellungen selbst, kommt diesmal noch in Betracht, daß unsere Regierung sowohl veränderte ihrer eigenen Stellung, wie auch in der Vertretung des gemeinsamen Verfassungs-Entwurfs sich keineswegs ausschließlich auf eine unter den großen politischen Parteien stützen zu müssen glaubt, vielmehr für die Durchführung des glücklich begonnenen nationalen Werkes auf die patriotische Mitwirkung von Männern aller gemäßigten Parteien rechnet. Die Regierung ist daher in ihren Plänen und Hoffnungen diesmal durch den Wetstreit der Parteien nicht unmittelbar berührt worden, und der Ausgang der Wahl ist nur von unerheblicher praktischer Bedeutung für die Beurtheilung der politischen Lage.

Was die Parteistellung selbst betrifft, so ist dieselbe nach der Ansicht des ministeriellen Blattes in allgemeinen Zügen etwa folgende:

Die sogenannte Rechte des Hauses, von welchen die Regierung die entschiedenste Unterstützung zu erwarten hat, besteht aus zwei Fraktionen, einer strengen conservativen Fraktion und einer sogenannten „freien conservativen Vereinigung“. Diese beiden Fraktionen, welche in allen wichtigen Fragen

vereint zur Regierung stehen dürften, haben zusammen 95 bis 100 Mitglieder.

Ihnen zunächst stehen unter den preußischen Reichstagsmitgliedern die gemäßigten Altliberalen, etwa 20 bis 25 an der Zahl, von denen die Meisten bei den Wahlen gleichfalls den bestimmten Entschluß kuadgegeben haben, die Regierung bei der Durchführung ihrer Aufgabe entschieden zu unterstützen.

Außerdem sind, wie sich schon jetzt zeigt, die conservativen Abgeordneten aus Sachsen und anderen Staaten im Wesentlichen bereit, das von den verbündeten Regierungen erstrebte Einigungswerk auf den vorgeschlagenen Grundlagen fördern zu helfen.

Die drei erwähnten Gruppen, die vereinigten preußischen Conservativen, die gemäßigten Alt-Liberalen und die außerbürgerlichen Conservativen, dürfen im Allgemeinen bei allen sachlichen Entscheidungen den festen Kern des Reichstages bilden und sind zusammen (135 bis 145) stark genug, um die Entscheidung in ihrem Sinne durchzuführen.

Hier dürfte sich denn doch die „Prov.-Corresp.“ in einem sehr starken Irrthume befinden, denn „die conservativen Abgeordneten aus Sachsen und andern Staaten“ sind so weit entfernt, das sogenannte Einigungswerk der Regierung zu unterstützen, daß sie im Gegenteil et. Scheitern desselben mit dem größten Jubel begrüßen würden; in der That, wir haben gemeint, daß die ziemlich starken Agitationen der conservativen Parteien in Sachsen und Hannover die Regierung gerade zu der entgegengesetzten Meinung gebracht hätten. Wenn aus Sachsen und Hannover Unterstützung für das Ministerium zu erwarten ist, so kann sie nur aus den liberalen Parteien kommen; conservativ und particuliär ist dort ganz identisch. Auf die Linke, einschließlich der National-Liberalen, scheint die „Prov.-Corresp.“ gar keine Hoffnung zu setzen und sie hat Recht, wenn sie die Annahme des unveränderten Verfassungsentwurfes im Auge hat.

Zu Bezug auf die Druckfreiheit der Reichstags-Berichte erhalten wir von der „Prov.-Corresp.“ folgende Auseinandersetzung:

Nach dem in Preußen geltenden Pregegebe bleiben Berichte von öffentlichen Sitzungen des Landtags, insfern sie wahrheitsgetreu (das heißt nach einer Entscheidung des höchsten Gerichtshofes) in einem treuen Gestaltbilde, wenn auch in abgelängter Form) erstatet werden, von jeder Verantworlichkeit frei.

Im Abgeordnetenhaus wurde ein Antrag gestellt und angenommen, dieselbe Bestimmung auch auf die Berichte vom Reichstage des norddeutschen Bundes zu zulassen, mithin den Zeitungen die unbedingte Freiheit von jeder Verantwortung für die wahrheitsgetreue Mittheilung der im Reichstage gehaltenen Reden im Voraus zuzusichern, auch wenn diese Reden Stellen enthalten möchten, deren Abruck nach dem Strafgesetze an und für sich der Verfolgung unterliegen mühte. Eine solche unabdingbare Zulassung der Straflosigkeit aller Berichte vom Reichstage erklärte der Minister-Praesident Graf Bismarck bei der weiteren Beratung im Herrenhause nicht für wünschenswert. Es sei fraglich, sagte er, ob es der öffentlichen Ruhe und der Entwicklung der deurigen Verfassung fördert, ja, wenn das Mittel der Aufregung, welches in der Mittheilung leidenschaftlicher Reden liege, in einem ganz unbegrenzten Maße durch Verleihung von jeder Strafgerichtlichen Verfolgung behindert werde. Das Herrenhaus trat dieser Auffassung bei und lehnte den Vorschlag des Abgeordnetenhauses ab.

Indem aber die Regierung sich gegen die grundsätzliche Bewilligung einer unbegrenzten Straflosigkeit für den Abruck aller und jeder Reichstagsreden erklärte, war es doch, wie auch alsbald angekündigt wurde, nicht ihre Absicht, der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte über die im Reichstage gepflogenen Verhandlungen tatsächliche Hindernisse zu bereiten, so lange die Redner nicht etwa in Ausschreitungen versallen, welche über das billiger Weise in einer jolden Versammlung zu erwartende Maß hinausgehen. Dem entsprechend sind sowohl die Polizeibehörden wie auch die Staatsanwaltschaften mit Anweisung versehen worden.“

Wir danken für die im letzten Passus vertheidigte Milde und Grade der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaften; wir haben es lieber mit dem Gesetz als mit den willkürlichen Anschauungen von Administrativ-Behörden zu thun. Jedoch warum soll denn die Regierung sich die Hände binden? Die Radicalen wollen es ja nicht besser haben; sie weisen einen Antrag, der die Druckfreiheit gesetzlich machen wollte, aus Gründen zurück, die nicht der geringsten Verächtlichkeit wert sind. Wir werden gefragt, wie es denn nur möglich sei, daß nicht sofort nach Constituierung des Reichstags der Antrag gestellt wurde: nicht eher in die Verhandlungen einzugehen, als bis die Druckfreiheit, nicht etwa für die Zeitungen, sondern für das Volk gesetzlich festgestellt sei. Unsere Antwort ist einfach: die Abgeordneten, insbesondere diejenigen, welche schon öfter gewählt worden sind, verlieren nach der Wahl gar zu leicht die Fühlung mit dem Volle; es ist das kein böser Wille, sondern einfach so hergebracht. Die anderen gerade vorliegenden Fragen erscheinen ihnen von so immenser Wichtigkeit, daß sie für solche Nebendinge, wie die Presse und das durch die Presse zu vermittelnde Verhältnis der Abgeordneten zum Volle, keinen Sinn mehr haben. Dabei bestehen sie ein außerordentliches Vertrauen zu den Zeitungen; sie wissen, daß diese trotz aller möglichen Pres-Proceß ausführliche und wahrheitsgetreue Berichte bringen werden, und warum sollen sie sich da den Unannehmlichkeiten aussetzen, die immerhin mit der Verwerfung eines Antrages verbunden sind?

Aus den Berichten der italienischen Blätter über die gegenwärtige Wahlbewegung ergibt sich vor Allem, daß sich die Geistlichkeit allerdings bei derselben beteiligt. Da die zu lösende Haupfrage ferner eine finanzielle ist, so ist es begreiflich, daß die bisherigen Mängel und Gebrechen der Finanzverwaltung oft in sehr scharfer Sprache überall gerügt werden. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß das von San Martino präsidierte Turiner Comite nicht nur der Candidatur Lamarmora's entgegtritt, sondern auch mit gleicher Energie Sella und Attazzi beläuft. — Was die von Seiten Peru's erfolgte Kündigung des Handelsvertrages mit Italien anlangt, so wird diese Maßregel durch das fürzlich von den Republiken Südamerika's angenommene Prinzip motivirt, nicht weiter mit den europäischen Mächten in Verbindlichkeit einzugehen, ehe sie unter sich ein ökonomisches und commercielles Einverständnis festgesetzt haben. Der Minister des Auswärtigen in Peru hat den Repräsentanten Italiens versichert, daß das Aufhören des Handelsvertrages in keiner Weise das herzliche Einverständnis zwischen beiden Staaten ändern würde. Der italienische Gesandte ist beauftragt worden, dem peruanischen Cabinet ähnliche Sicherungen zu geben.

Aus Rom meldet man, daß sich an den Grenzen des Kirchenstaates große Haufen von Exilirten sammeln, welchen, wie man sagt, die italienische Regierung die Subvention nicht länger zahlen will. Es heißt, daß die päpstlichen Truppen in Campanien sich fortan mit den italienischen zu gemeinschaftlichen Operationen gegen die Briganten vereinigen wollen. Rom selbst ist rubig. Die Polizei ist wachsam; viele Haussuchungen und Arrestationen finden statt.

In den französischen Blättern ist die Rede davon, daß, wenn in kurzen allgemeiner Auftand in der Türkei ausbrechen sollte, Garibaldi sich bei dieser Bewegung nicht beteiligen werde, obgleich sein Sohn Menotti bereits in Griechenland sein soll. Garibaldi selbst glaubt, wie es heißt, daß seine Anwesenheit in Italien notwendig sei. Wichtiger als diese Gerüchte ist jedoch, was man über das Verhältnis Frankreichs zu Russland behauptet. Man will nämlich wissen, daß man in Petersburg darüber empfindlich sei,

dass Kaiser Napoleon in seiner Rede vom 14. Februar sich in einer Weise geäußert, als hätte Russland ihm und nicht umgekehrt, er Russland, nachgegeben. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen sollen nicht die herzlichsten und die von Paris aus gemachten Anstrengungen nicht glücklich gewesen sein. Die Sprache der moskowischen Presse gegen Frankreich ist allerdings rücksichtsloser denn jemals. Auf der anderen Seite wird der Viceregal von Egypten von Frankreich aus in seinen Ansprüchen gegen die Porte in einer Weise unterstellt, die darauf hinweist, daß das Tuilerien-Cabinet dann doch an die Möglichkeit einer nahen Auflösung des ottomanischen Reichs glaubt.

Außerdem sind, wie sich schon jetzt zeigt, die conservativen Abgeordneten aus Sachsen und anderen Staaten im Wesentlichen bereit, das von den verbündeten Regierungen erstrebte Einigungswerk auf den vorgeschlagenen Grundlagen fördern zu helfen. Hier dürfte sich denn doch die „Prov.-Corresp.“ in einem sehr starken Irrthume befinden, denn „die conservativen Abgeordneten aus Sachsen und andern Staaten“ sind so weit entfernt, das sogenannte Einigungswerk der Regierung zu unterstützen, daß sie im Gegenteil et. Scheitern desselben mit dem größten Jubel begrüßen würden; in der That, wir haben gemeint, daß die ziemlich starken Agitationen der conservativen Parteien in Sachsen und Hannover die Regierung gerade zu der entgegengesetzten Meinung gebracht hätten. Wenn aus Sachsen und Hannover Unterstützung für das Ministerium zu erwarten ist, so kann sie nur aus den liberalen Parteien kommen; conservativ und particuliär ist dort ganz identisch. Auf die Linke, einschließlich der National-Liberalen, scheint die „Prov.-Corresp.“ gar keine Hoffnung zu setzen und sie hat Recht, wenn sie die Annahme des unveränderten Verfassungsentwurfes im Auge hat.

Zu Bezug auf die Druckfreiheit der Reichstags-Berichte erhalten wir von der „Prov.-Corresp.“ folgende Auseinandersetzung:

Nach dem in Preußen geltenden Pregegebe bleiben Berichte von öffentlichen Sitzungen des Landtags, insfern sie wahrheitsgetreu (das heißt nach einer Entscheidung des höchsten Gerichtshofes) in einem treuen Gestaltbilde, wenn auch in abgelängter Form) erstatet werden, von jeder Verantworlichkeit frei.

Im Abgeordnetenhaus wurde ein Antrag gestellt und angenommen, dieselbe Bestimmung auch auf die Berichte vom Reichstage des norddeutschen Bundes zu zulassen, mithin den Zeitungen die unbedingte Freiheit von jeder Verantwortung für die wahrheitsgetreue Mittheilung der im Reichstage gehaltenen Reden im Voraus zuzusichern, auch wenn diese Reden Stellen enthalten möchten, deren Abruck nach dem Strafgesetze an und für sich der Verfolgung unterliegen mühte. Eine solche unabdingbare Zulassung der Straflosigkeit aller Berichte vom Reichstage erklärte der Minister-Praesident Graf Bismarck bei der weiteren Beratung im Herrenhause nicht für wünschenswert. Es sei fraglich, sagte er, ob es der öffentlichen Ruhe und der Entwicklung der deurigen Verfassung fördert, ja, wenn das Mittel der Aufregung, welches in der Mittheilung leidenschaftlicher Reden liege, in einem ganz unbegrenzten Maße durch Verleihung von jeder Strafgerichtlichen Verfolgung behindert werde. Das Herrenhaus trat dieser Auffassung bei und lehnte den Vorschlag des Abgeordnetenhauses ab.

Indem aber die Regierung sich gegen die grundsätzliche Bewilligung einer unbegrenzten Straflosigkeit für den Abruck aller und jeder Reichstagsreden erklärte, war es doch, wie auch alsbald angekündigt wurde, nicht ihre Absicht, der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte über die im Reichstage gepflogenen Verhandlungen tatsächliche Hindernisse zu bereiten, so lange die Redner nicht etwa in Ausschreitungen versallen, welche über das billiger Weise in einer jolden Versammlung zu erwartende Maß hinausgehen. Dem entsprechend sind sowohl die Polizeibehörden wie auch die Staatsanwaltschaften mit Anweisung versehen worden.“

Wir danken für die im letzten Passus vertheidigte Milde und Grade der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaften; wir haben es lieber mit dem Gesetz als mit den willkürlichen Anschauungen von Administrativ-Behörden zu thun. Jedoch warum soll denn die Regierung sich die Hände binden? Die Radicalen wollen es ja nicht besser haben; sie weisen einen Antrag, der die Druckfreiheit gesetzlich machen wollte, aus Gründen zurück, die nicht der geringsten Verächtlichkeit wert sind. Wir werden gefragt, wie es denn nur möglich sei, daß nicht sofort nach Constituierung des Reichstags der Antrag gestellt wurde: nicht eher in die Verhandlungen einzugehen, als bis die Druckfreiheit, nicht etwa für die Zeitungen, sondern für das Volk gesetzlich festgestellt sei. Unsere Antwort ist einfach: die Abgeordneten, insbesondere diejenigen, welche schon öfter gewählt worden sind, verlieren nach der Wahl gar zu leicht die Fühlung mit dem Volle; es ist das kein böser Wille, sondern einfach so hergebracht. Die anderen gerade vorliegenden Fragen erscheinen ihnen von so immenser Wichtigkeit, daß sie für solche Nebendinge, wie die Presse und das durch die Presse zu vermittelnde Verhältnis der Abgeordneten zum Volle, keinen Sinn mehr haben. Dabei bestehen sie ein außerordentliches Vertrauen zu den Zeitungen; sie wissen, daß diese trotz aller möglichen Pres-Proceß ausführliche und wahrheitsgetreue Berichte bringen werden, und warum sollen sie sich da den Unannehmlichkeiten aussetzen, die immerhin mit der Verwerfung eines Antrages verbunden sind?

Aus den Berichten der italienischen Blätter über die gegenwärtige Wahlbewegung ergibt sich vor Allem, daß sich die Geistlichkeit allerdings bei derselben beteiligt. Da die zu lösende Haupfrage ferner eine finanzielle ist, so ist es begreiflich, daß die bisherigen Mängel und Gebrechen der Finanzverwaltung oft in sehr scharfer Sprache überall gerügt werden. Am bemerkenswertesten ist jedoch, daß das von San Martino präsidierte Turiner Comite nicht nur der Candidatur Lamarmora's entgegtritt, sondern auch mit gleicher Energie Sella und Attazzi beläuft. — Was die von Seiten Peru's erfolgte Kündigung des Handelsvertrages mit Italien anlangt, so wird diese Maßregel durch das fürzlich von den Republiken Südamerika's angenommene Prinzip motivirt, nicht weiter mit den europäischen Mächten in Verbindlichkeit einzugehen, ehe sie unter sich ein ökonomisches und commercielles Einverständnis festgesetzt haben. Der Minister des Auswärtigen in Peru hat den Repräsentanten Italiens versichert, daß das Aufhören des Handelsvertrages in keiner Weise das herzliche Einverständnis zwischen beiden Staaten ändern würde. Der italienische Gesandte ist beauftragt worden, dem peruanischen Cabinet ähnliche Sicherungen zu geben.

Aus Rom meldet man, daß sich an den Grenzen des Kirchenstaates große Haufen von Exilirten sammeln, welche man sagt, die italienische Regierung die Subvention nicht länger zahlen will. Es heißt, daß die päpstlichen Truppen in Campanien sich fortan mit den italienischen zu gemeinschaftlichen Operationen gegen die Briganten vereinigen wollen. Rom selbst ist rubig. Die Polizei ist wachsam; viele Haussuchungen und Arrestationen finden statt.

In den französischen Blättern ist die Rede davon, daß, wenn in kurzen allgemeiner Auftand in der Türkei ausbrechen sollte, Garibaldi sich bei dieser Bewegung nicht beteiligen werde, obgleich sein Sohn Menotti bereits in Griechenland sein soll. Garibaldi selbst glaubt, wie es heißt, daß seine Anwesenheit in Italien notwendig sei. Wichtiger als diese Gerüchte ist jedoch, was man über das Verhältnis Frankreichs zu Russland behauptet. Man will nämlich wissen, daß man in Petersburg darüber empfindlich sei,

Berlin, 6. März. [Peter v. Cornelius. — Die Verwaltungsorganisation in Frankfurt, Hessen und Nassau. — Statistisches. — Religiöse Angelegenheiten.] Einen großen Verlust hat die deutsche Kunst heut erfahren: Vormittags um 10 Uhr ist Peter v. Cornelius hier gestorben im 80. Jahre. Was er

geleistet, wie er der Wiederhersteller der deutschen Kunst zu nennen, der den Rokoko-Stil verlässt und zuerst wieder sich der Antike zuwenden auf correlative Zeichnung gehalten, was er in seinem langen Leben geschaffen, was er in München als Director der Akademie gewirkt, was in Rom, wo er die Cartons zum diesigen Campo santo gefertigt, das ist weltbekannt und genügt hier für unseren Zweck und den beschränkten Raum eben die kurze Anzeige seines Todes. Er hat übrigens schon längere Zeit gelitten und gestorben. — Was die Verwaltungs-Organisation in Frankfurt, Hessen und Nassau betrifft, so erfahren wir, daß, nachdem die Präsidenten für die zwei Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden bereits ernannt sind, nun auch eine neue Zusammensetzung der dortigen Regierungs-Collegien stattfinden dürfte. Jedes Collegium soll 3 Abtheilungen erhalten, mit deren Bildung bald vorgezogen werden wird und sollen dazu möglichst Kräfte aus jenen Ländern verwandt werden, weitweise aber auch Verwaltungsbeamte aus den alten Provinzen. In Nassau wird außerdem die Besetzung der neu zu bildenden Landratsämter erforderlich sein, während in Hessen, wo solche bereits bestehen, wohl größtentheils die bisherigen Landräthe in ihren Amtshäusern verbleiben dürfen. Herr v. Patow hat die von ihm selbst gewünschte Entlassung von seiner bisherigen Stellung in Frankfurt bereit erhalten und wird wohl nur so lange noch dort bleiben, als es zur Überleitung der Geschäfte nötig ist, welche vom Präsidenten von Möller und dem in Wiesbaden zum Regierungs-Präsidenten ernannten Landrat v. Diesel werden übernommen werden. Mit der Aufhebung der bisherigen Civil-Administration in Frankfurt hört zugleich auch das Commissariat des derselben attachirten Landrats Krupka auf, welcher demnächst eine anderweitige Stellung in der Verwaltung erhalten wird. Der bisherige Civil-Commissarius in Frankfurt, Herr v. Madai, verbleibt jedenfalls in seiner dortigen Stellung, welche aber wohl in die eines Polizei-Präsidenten verwandelt werden wird, sobald die Stellung der dortigen Polizeibehörde im Zusammenhange mit der Frankfurter Verfassung geregelt werden wird. Ueber alle diese Verhältnisse der Stadt Frankfurt ist übrigens, wie wir erfahren, auch die hier anwesend gewesene Frankfurter Deputation vertraulich mit ihren Männern gehörten worden. — Die russische Regierung hat sich einem Comite gegenüber geneigt gezeigt, den Bau einer Eisenbahn von Bialystock, einem Punkte der Warschau-Petersburger Bahn, nach der preußischen Grenze, gegenüber Lyt, zu genehmigen. Für den Fall des Baues ist die obpreußische Südbahn-Gesellschaft sowohl verpflichtet, als berechtigt, von Lyt aus eine Verbindung mit der neuen Bahn herzustellen. — Wie wir schon neulich gemeldet, hatte Geheimer Rath Engel bei der letzten Session des Landes-Oekonomie-Collegiums den Antrag gestellt, ein statistisches Netz über ganz Preußen auszubreiten. Das Collegium hat nun beschlossen, bei dem landwirtschaftlichen Ministerium zu beantragen, daß in Berlin ein Central-Vorstand etabliert werde, der als Sammelpunkt für sämmtliche statistische Vereine des norddeutschen Bundes dienen solle. Geh. Rath Engel hatte auch vorgeschlagen, eine Gliederung in Provinzial- und Kreisvereine stattfinden zu lassen, das Collegium hält aber das Zwischenstück der Provinzial-Vereine für unnötig und trägt gleich auf Herstellung von Kreis-Vereinen an. Der Central-Vorstand hat die Aufgabe, das von den Vereinen gesammelte statistische Material zu einem Ganzen zu verarbeiten, um es dem königl. statistischen Bureau zugänglich zu machen. Die Behörden sollen zur Herbeischaffung des nötigen Materials, soweit es in ihren Kräften steht, aufgefordert werden. — Durch den Eintritt der neuen Provinzen in den preußischen Staatsverband sind nun auch viel Lutheraner und Reformierte eingetreten und ist die Frage angeregt worden, ob es nicht gut sei, die evangelische Landeskirche gleich nach diesen Seiten hin wieder zu trennen. In Beziehung darauf hat der evangelische Oberkirchenrat jetzt, am 18. Februar, eine Denkschrift über die Lage der evangelischen Kirche in Preußen an die Consistorien gerichtet, um sie zur Kenntnis der Superintendenten und durch sie an die Geistlichen zu legen. Diese Schrift zeigt die Gefahr der Auflösung und gänzlichen Zersplitterung, welche in solchem Verlangen liegt, und sucht dasselbe zu bekämpfen. Die begleitende Buzchrift des Oberkirchenrates sagt, es handle sich darum, die Gefahren, welche der Union drohen, von ihr abzuwenden, und werde es zu dem Ende darauf ankommen, 1) die Grundlage der evangelischen Landeskirche Preußens fest im Auge zu behalten und sich dessen bewußt zu bleiben, was man an ihr besitzt; 2) auf die Gefahren zu achten, welchen Diesenigen uns entgegenstehen würden, die sie von ihrer geschichtlichen Mission und ihren wohlerworbenen Gütern nach der einen oder andern Seite hin oder gar in die Ohnmacht von drei auseinandergerissenen Theilen, Lutheranern, Reformierten und Uniten, zurücktreffen möchten; und endlich 3) darauf, welche Pflichten aus dem Allen für ihre Glieder, besonders aber für sämmtliche Träger ihrer Amtshäuser, Gemeinde-Kirchenräthe, Geistliche, Superintendenten, Consistorien und theologische Professoren, infowieweit als sie eine kirchliche Amtsstellung beanspruchen, sich in dieser Zeit für sie ergeben. Zugleich weist die Denkschrift auf die Freiheit des Bekennens hin, welche innerhalb der Union auch den Lutheranern und Reformierten gelassen ist.

[Die norddeutsche Armee.] Die die Ansichten höherer militärischer Kreise vertretenden "Militärischen Blätter", deren Quellen sehr gut und deren Nachrichten positiv sind, sprechen sich in ihrem neuesten Heft auch über den Grundvertrag zum norddeutschen Bunde aus. Der Verfasser des Aufsatzes erklärt, daß, was diese militärische Seite betrifft, von einem Vertrags-Entwurf bei diesem Schriftstück nicht die Rede sein könne. Dasselbe stellt sich vielmehr als ein bereits perfekter Vertrag zwischen souveränen Fürsten dar, der unter dem Beraat des Reichstages möglicherweise in einzelnen Punkten noch modifiziert werden kann, „aber die Contrahenten schon jetzt bittet, ob nun eine Verhandlung demselben seine Zustimmung giebt oder nicht. Es ist durch die Fürsten ohne Vorbehalt abgeschlossen.“ Dann wendet sich der Verfasser zu den künftigen, eines jeden Analogons bisher entbehrten norddeutschen Armeen, die eine Friedensstärke von 292,348 Mann haben würden, wozu das vergangene Preußen 253,779 Mann mit einem Kostenaufwand von 53,050,275 Thlrn. füllt, während für die nichtpreußischen Truppentheile 56,569 Mann und über 10% Mill. Thlr. übrig bleiben. Einen ungefähren Anhalt für die Zahl ausgebildeter Mannschaften, welche der norddeutsche Bund zu seiner Verfaßung haben wird, wenn die neue Wehrverfassung desselben erst in voller Wirksamkeit steht, erhält man, wenn man, bei einem ungelösten Friedensstande von 292,348 Mann, das jährliche Fehlrente-Contingent zu 90,000 Mann veranschlagt, was bei dreijähriger Dienstzeit den bisherigen preußischen Grundsätzen entsprechen würde. Dann erhält man eine Friedensstärke, einschließlich Offiziere und Kapitulanten, von rund 292,000 Mann, 4 Jahrgänge Reserve von 360,000 Mann, davon ab 20 pCt. Ausfall 72,000 Mann, giebt für die Feldarme 580,000 Mann. Fünf Jahrgänge Landwehr machen 450,000 Mann aus, davon ab 30 pCt. Ausfall 135,000, bleiben 315,000 Mann, mithin verfügbare, ausgebildete Mannschaften 895,000 Mann. Eine ganz eigenartliche Leistung übernimmt, wie der Verfasser meint, die norddeutsche Armee von der ehemaligen Bundeskriegsverfassung in der Bestimmung, daß die kleinen, zur bisherigen Reservedivision gehörigen Staaten nur Infanterie zu stellen brauchen. Es möchte sich aber empfehlen, nicht wieder auf die Contingentmasse zurückzugehen und in militärischer Hinsicht die Armee unabhängig von den Landesgrenzen zu organisieren, um die vorhandenen Kräfte auch völlig auszunutzen.

[Stralsund, 4. März.] Unsere Reichstagswahl hat gegenwärtig noch ein Nachspiel erhalten, welches in weiten Kreisen Aufsehen erregen wird. Wie bislge Gymnasiallehrer, deren Namen sich unter den zahlreichen Unterzeichnern eines von der "Stralsunder Zeitung" veröffentlichten Aufsatzes befinden, durch den in der ersten Hälfte des Januar die Wahl des Abgeordneten Hinrichs empfohlen wurde, haben aus Stettin eine Aufforderung des Oberpräsidenten erhalten, sich binnen 14 Tagen darüber ins Auhorn, wie sie diese öffentliche Empfehlung eines Mannes, welcher während seiner parlamentarischen Wirksamkeit der Staatsregierung in feindseliger Opposition gegenüber

gestanden habe und dessen Wahl zum norddeutschen Reichstage von der Staatsregierung nicht gewünscht werden konnte, mit den Plänen eines Staatsbeamten und Jugendlehrers vereinigen zu können meinen. — Man ist begreiflicher Weise auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit sehr gespannt, um so mehr, als die Betreffenden nicht etwa Mitglieder des Wahlcollegiums waren und zudem die Regierung als solche ihrer Zeit keine Erklärung darüber abgegeben hat, welche Kandidaten ihr nicht genehm seien. Jedenfalls bildet dieser Vorgang eine eigenhümliche Illustration zu der Verschönerung des vorigen Jahres, zu der doch auch Herr Hinrichs durch Bewilligung der Indemnität, Budget, Anleihe u. s. w. mitgewirkt hat. (R. 3.)

[Stargard, 3. März.] [An unserem Gymnasium] treten, zum Theil nicht unerwartet, jetzt eine Reihe von Unerwünschtheiten zu Tage, die Jeden, der Interesse an der Anstalt nimmt, auf das Peinlichste berühren. Gegen zwei Oberlehrer ist auf Grund von gewiß sehr verschieden begründeten Desnunciations disciplinariæ Voruntersuchung eingeleitet, zu deren Betrieb sich der Schulrat Wehrmann aus Stettin drei Tage hier aufgehalten hat. Ein dritter Oberlehrer, der erst vor Kurzem von einer Musikeranstalt gewissermaßen als Musikerlehrer hierher versetzt war, hat plötzlich Urlaub genommen und eine Reise angereten, deren Veranlassung darin zu suchen sein dürfte, daß z. B. die ganze Secunda dem Director einmütig erklärt hat, sie könnten die Art und Weise des befragten Herrn unmöglich länger ertragen. Zu bedauern ist gewiß, daß der Leiter des Gymnasiums, Director Licentiat Lautsch, von all diesen Verhältnissen nicht so rechtzeitig Kenntnis genommen hat, um den nunmehrigen in jeder Weise unangenehmen Eclat abzuwenden. (Herr Lautsch hielt vor einigen Jahren in einem Verein einen viel besprochenen Beitrag gegen Lessing's Nathan.) (R. St. 3.)

[Düsseldorf, 5. März.] [Die schleswig-holsteinische Wehrpflichtige. — Nachträgliches zur Parlamentswahl.] König Wilhelm als Kauspath. Am Sonnabend wurden hier, wie bereits gemeldet, 24 schleswig-holsteinische Wehrpflichtige polizeilich aufgegriffen, die im Begriffe standen, nach England und Nordamerika zu entziehen. Die Betreffenden sind in Altona der Mebrahl nach wieder aus der Haft entlassen und per Zweigpost in die engere Heimat zurückgeführt worden. Weitere Fluchtversuche über Hamburg oder Bremen nach überseeischen Plätzen dürften vollauf unmöglich sein, da preußischerseits bei den Autoritäten beider Hansestädte eine verdeckte Controlirung der Auswandererschiffe und sonstiger Fahrzeuge angeregt worden ist. — Im Laufe des heutigen Tages sind in Altona bereits zahlreiche schleswig-holsteinische Wehrpflichtige eingetroffen, die teils nach hannoverschen, teils nach altpreußischen Garnisonsorten bestimmt sind. Morgen werden weitere Mannschaften nachfolgen. Die Holsteiner sind überwiegend nach auswärts bestimmt, während die meisten Schleswiger in den Herzogtümern bleibend. Wenn übrigens befürchtet worden ist, daß die jungen Schleswig-Holsteiner sich überwiegend nur mit Widerwillen den preußischen Fahnen stellen würden, so beruft die desfällige Besorgniß auf einem entschieden Irrthum. Ich habe mehrere junge schleswig-holsteinische Recruten gesehen, die mir auf meine Anfrage, ob ihnen denn nun der Eintritt in die preußische Armee angenehm oder unangenehm sei, in heiterster Stimmung erwiderten: „Das Leytere keineswegs, denn wir dienen doch lieber unter den deutschen Preußen als früher unter den tyrannisirenden Dänen, deren Sprache wir nicht einmal kannten.“ — Nach holsteinischen Blättern theilen das Amt und der Flecken Ahrensboe in Ostholstein, welche der Einverleibung in das Großherzogthum Oldenburg harren, mit dem schleswigischen Gute Dollrott das Geschick, daß sie für das norddeutsche Parlament nicht gewählt haben. — König Wilhelm hat die Bathenstadt eines siebenten Sohnes des Chausseewärters Jülsler in den holsteinischen Flecken Heide übernommen. (Fr. 3.)

[Hannover, 5. März.] [Verteidigung. — Militärisches. — Eisenbahnen.] Nachdem gestern der Landdrost v. Bar die ersten Verwaltungsbeamten der Landdrostei Hannover und den Stadtdirector Rasch beeidigt, hat heute Leichterer den Mitgliedern des hiesigen Magistrats, dem Stadtdirector u. c. den Huldigungseid abgenommen. Morgen folgen zunächst die studirten Lehrer der südlichen Schulen. — In der nächsten Woche finden überall in der Provinz Control-Versammlungen statt, in denen die in die Landw. hr. versetzten früher hannoverschen Soldaten beeidigt werden sollen. Den Offizieren der ehemals hannoverschen Armee, welche sich zum Übergang gemeldet oder um Pensionierung gebeten, sollen die bisherigen Kompetenzen auch noch für den laufenden Monat ausgezahlt werden. — Der um das hannoversche Staatsbahnwesen sehr verdiente Oberbaurath Funk, Mitglied der Generaldirection der hannoverschen Staatsbahnen, ist von der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft aufgefordert, die obere Leitung des Baus der sogenannten Paris-Hamburger Bahn zu übernehmen. Es ist ihm ein Jahrgehalt von 5000 Thlr. und nach Vollendung des Baus eine Remuneration von 30,000 Thlr. zugesichert. Wahrscheinlich ist es, daß Funk diese Offerte annimmt. (R. 3.)

[Herford, 2. März.] [Der gegenwärtige Bürgermeister Stroßer, dessen zwölfjährige Dienst-Periode im Laufe dieses Jahres zu Ende geht, ist, wie bereits gemeldet, bei der vorgestern hier vorgenommenen Neuwahl nicht wiedergewählt worden. Zum Bürgermeister von Herford ist der Bürgermeister Sack aus Lübbecke gewählt. Die "Neue Preußische Zeitung" ist sehr entrüstet, daß Herr Stroßer trotz des rühmlichen Eislers, mit welchem er sein Amt verwaltet habe, bloß seiner conservativen Gesinnung wegen nicht wiedergewählt sei. Die Demokraten verlangten immer, die Regierung solle bei Bestätigung der Wahlen nur auf persönliche Tüchtigkeit sehen, dagegen absehen von der politischen Gesinnung. Die Sache liegt doch wohl ein wenig anders. Daß Herr Stroßer ein guter Bürgermeister gewesen sei, wird, so viel wir wissen, auch von seinen Gegnern anerkannt. Aber er hatte nicht bloss eine conservative, eine sehr conservative Gesinnung, sondern war von dem brennenden Verlangen bestellt, diese Gesinnung durch Thaten zu besiegen, und entfaltete eine eifrigste, eine überzeugende politische Thätigkeit, die ihn in beständige Conflicte mit seinen Mitbürgern führte, die der Mehrzahl nach in der Politik ganz anderer Ansicht sind. Wenn ein politischer Übereifer sich überhaupt mit den Pflichten eines Bürgermeisters verträgt, so doch wohl nur da, wo die Bürger einerlei Meinung mit ihrem Vorsteher sind. Ganz anders lag nicht selten der Fall bei den Verhältnissen. Viele Bürgermeister und Stadtvorordnete wurden nicht bestätigt, die mit ihren Mitbürgern aller politischen Farben im besten Einvernehmen lebten und mit ihren politischen Ansichten nicht anders hervortraten, als wo sie es mußten: bei Abgabe ihrer Wahlstimme. (R. 3.)

[Leipzig, 4. März.] [Die freisinnig-deutsche Partei] hielt vorgestern Abend wieder eine von etwa 200 Personen besuchte Versammlung im Hotel de Pologne. Professor Biedermann gab eine gedrängte kritische Uebersicht über den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund:

Bei einer Vergleichung desselben mit der Reichsverfassung von 1849 sei nicht zu vergessen, daß die Verfassung von 1849 die Blüthe einer siegreichen Volksrevolution gewesen, die jähre aber das Werk eines allerdings auch revolutionären, in seinen Erfolgen zum Theil sogar tiefer einlösenden Vorwiegens gegen das Bestehende, aber von Seiten einer organisierten Macht, das Ergebnis eines Waffen Sieges. Ferner sei der Entwurf die Frucht einer Vereinbarung zwischen den verschiedenen Regierungen, nicht, wie die Reichsverfassung, der Ausfall einer sich als souverän anscheinenden Versammlung. Dieser Ursprung des jähigen Verfassungsentwurfs macht das Vorhandensein mancher Mängel wohl verständlich, legt aber auch dem Volle, welches diesmal für das Zustandekommen dieser Neugestaltung nichts habe ihm können, die Notwendigkeit auf, sich zu beschließen, daß nicht alles Wünschenswerthe sofort zu erreichen. Manches vielmehr der Weiterentwicklung dieser Verfassung zu überlassen sei. Redner stellte nun die Hauptgrundzüge des Entwurfs kurz dar, wobei er als fühlbare Gebrechen die Einrichtung des Bundesstaats, das Fortbestehen der verschiedenen einzeln Militär-Contingente, den doppelten Zahneneid, endlich den Mangel eines ausreichend normirten Budgetrechts des Parlaments bezeichnete. Gegenüber diesem Verfassungsentwurf machten sich drei letzte Ansichten geltend: die einen wollten ihn einfach ablehnen, andere ihn einfach annehmen müssen, während eine dritte Partei zwar die Annahme, aber nur unter Modificationen, befürwortete. Diese drei Gesichtspunkte durften auch hier in der Versammlung bei der Debatte darüber ins Auge zu fassen sein.

Nach Eröffnung dieses von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats ergriff zuerst Herr Siegmund das Wort.

Der Referent habe vorzugsweise die Lichthäfen des Entwurfs hervorgehoben (ein Vorwurf, den der Referent, als unbegründet, unter Zustimmung der Versammlung zurückwies), aber das Volk und seine Vertreter müßten auch die Schattenseiten desselben ins Auge fassen und diesen abzuheben suchen, wobei er besonders den Punkt wegen des Budgetrechts betonte. — Dr. Blum legt den größten Wert auf die neue Verfassung gegenüber den particularistischen Bestrebungen, die nicht entschieden genug bekämpft werden könnten. Um die Frage, ob annehmen oder ablehnen, könne es sich im Ernst nicht handeln; der deutsche Staat müsse geschaffen werden, wenn nicht das ganze stiftlich-politische Bewußtsein des Volks der Vernichtung entgegen solle. (Bravo.) Die Übertragung einer gebührenden Macht an das Parlament sei aber unerlässlich, liege auch im eigenen Interesse Preußens, da gerade das Parlament der beste Schutz gegen ein Übergewicht particularistischer Elemente sein werde. (Bravo.) In verändertem Weise sprach sich Herr Kindel aus; daran, daß die Verfassung pure angenommen werde, sei kaum zu denken, vielmehr müßten verschiedene Verbesserungen Platz greifen, so — außer dem früher Erwähnten — bei der Bestimmung, daß der Bundesrat bei etwaiger Veränderung der Verfassung anscheinend ohne Mitwirken des Parlaments thätig sein solle. Gewiß sei die Einheit die Hauptache, aber die freisinnig-deutsche Partei dürfe auch das zweite ihrer Grundprinzipien, die Freiheit, nicht vergessen. (Bravo.)

[Darmstadt, 4. März.] [Die in Folge eigenthümlicher Verhältnisse bisher unterbliebene Untersuchung über die ungünstige Kriegsführung im vorigen Jahre wird nun dennoch in Folge Verfügung des Kriegsministeriums stattfinden. Es wurde eine Commission ernannt, deren Vorsitzender der Commandeur unserer Armee, Prinz Ludwig, und die aus vier Commandeuren (mit Ausschluß des Obersten Becker) und zwei Offizieren aus dem Stabe gebildet ist. Derselben sind sämmtliche Aten, Berichte u. s. w. zur Verfügung gestellt und ist derselben die Ernächtigung ertheilt, jede ihr etwa erforderlich erscheinende Auskunft direct sich zu verschaffen. Dem Vernehmen nach fand sofort in dem Palais des Prinzen Ludwig und unter dessen Vorsitz die erste Sitzung heut statt. (Fr. 3.)

[Karlsruhe, 2. März.] [Der Austausch der Bestätigungen der Stuttgarter Abmachungen] ist gestern zwischen Bayern und Baden erfolgt. Der bayerische Gesandte fand sich zu die im Befuse gestern um die Mittagsstunde im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ein, wo er sofort von Herrn v. Freydorf empfangen wurde. Da unsere Truppen in der neu einzuführenden Hinterladungswaffe einzüben zu können, wird dem Vernehmen nach eine Anzahl badischer Offiziere, und namentlich auch tüchtiger Unteroffiziere, Gelegenheit erhalten, sich in Preußen die erforderliche Kenntnis und Fertigkeit anzueignen. Auch verlaute, daß bis zur Ausführung der von Baden getroffenen Bestellungen von Hinterladungsgeweben uns die zur Einsübung der Recruten zunächst erforderliche Anzahl Leihweise von Preußen überlassen werden wird. — Bei den Stuttgarter Conferenzen soll auch die Errichtung einer gemeinsamen Militärbildungsanstalt für die 4 süddeutschen Staaten, und zwar in München, in Anregung gebracht, der Gegenstand aber späterer Verabredung, ohne Zweifel in der am 1. Okt. zusammenstehenden Militär-Commission vorbehalten werden sein.

### Deutschereich.

[Wien, 5. März.] [Der ungarische Landes-Finanzminister Herr v. Szonyay] ist, wie der "Pr." mitgetheilt wird, bereits heute hier eingetroffen und hat an den Berathungen Theil genommen, welche im Hotel des Finanzministeriums heute Mittags stattfanden und das Project der Verpachtung des Tabakmonopols auf der bereits vereinbarten Grundlage zum Gegenstande hatten. Melchior v. Szonyay soll sich, wie wohl zu erwarten stand, entschieden gegen dieses Project ausgesprochen, da sogar Anstand genommen haben, dasselbe dem ungarischen Ministeriate vorzulegen. Damit wäre vorerst der erste Versuch, mit Ungarn eine Verständigung über diese Angelegenheit anzubauen, zu welchem Befuse der transleithanische Fachminister nach Wien berufen worden, noch nicht gelungen; es scheint jedoch nicht, daß man bereits alle Hoffnung aufgegeben habe, das ungarische Ministerium in toto zu einer andern Anschauung zu bringen.

\* \* \* Wien, 5. März. [Symptome. — Die Ultramontane. — Das ungarische Landesverteidigungsministerium.] Die Zeichen, die an unserem politischen Horizonte auftauchen, folgen sich jetzt mit ziemlicher Schnelligkeit; aber sie gleichen einander so wenig, daß auch der gelbstreifte Sternreuter daran irre werden kann. Die Auflösung der Landtage Mährens und Krains ist, nach der Maßregelung des böhmischen, nur ein selbstverständliches Nachspiel; desgleichen die bevorstehende Ernennung des Baron Kellersberg zum Statthalter Böhmens — denn wenn man dem Grafen Rothkoch nicht einen Nachfolger gab, mußten die Neuwahlen genau so aussallen wie die vom Januar. Da aber die Tiroler "Wachtstube" mit ihrer sôderalistischen Abrede noch zehnmal unverschämter ins Zeug gegangen ist als selbst die böhmischen Hochlöties: warum macht Baron Beust mit diesen Concordiern und mit dem Statthalter Grafen Toggenburg, der die Dreistigkeit hatte, den Innsbrucker Landtag zu dem starr antiministeriellen Ausfälle der Reichsrathswahlen zu beglückwünschen, nicht eben so kurzen Proceß wie mit den Cechen, die hunderthalb gemäßigt aufgetreten sind? Sollen wir daraus schließen, daß seine Vollmachten zwar ausreichen, um eventuell den Aristokratie ein Bein zu stellen, daß er aber vor jeder Jesuitenkappe sich ehrfurchtsvoll verbiegen muß? Du lieber Himmel! dann mag er auch all seine Mühe sparen, denn wer in Österreich nicht die Römlinge mit voller Energie bekämpfen kann, der in den Versäll der Monarchie auch nicht aufzuhalten im Stande. Alle Welt ruft seit Königgrätz "Intelligenz!", selbst der Kriegsminister erklärt, daß nur nach Befriedigung dieses Nothschreies die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht etwas nützen könne. Dabei erlassen unsere Bischöfe Hirtenbriefe, worin sie die Verjährung Österreichs von den Kriegen, der Cholera und der Viehseuche aus dem dort besonders allgemein verbreiteten Cultus der unbeslechten Empfängnis Mariä herleiten. Diese Würdenträger liefern sie ebenso wie die Bischöfe der Oberlandesgerichts-Präsidentenposten in Prag, den der Justizminister v. Komers sich für seinen Rücktritt vorbehalten. Das steht so aus, als sollte gar dieses schlimmste Erdbeben der Belcredi'schen Hinterlassenschaft im Ame befallen werden! Mit ganz besonderer Spannung muß man jedoch den Eindruck abwarten, den der Erlass des Ofener Generalcommando's über die Bedeutung des "loblichen" ungarischen Ministeriums und des Landesverteidigungsministeriums insbesondere für die k. k. Armee drücken werden wird. Mit kurzen, scharfen Worten befagt Fürst Liechtenstein, dies Landesverteidigungsministerium sei gar nichts weiter als ein anderer Name für eine Abtheilung der bisherigen Statthalterei, der die militärisch-politischen Maßregeln zur Ergänzung und Erhaltung,

zur Bequartierung und Verpflegung der in Ungarn stationirten Truppen oblagen. Der Ausdruck „Landesverteidigungsministerium“ sei „lediglich ein auf die innere Organisation des ungarischen Ministeriums bezüglicher Titel des Militärdepartements der politischen Landestherrschaft“. So wenig früher irgend eine Militärbehörde oder irgend ein Truppen-Commandant, mit Ausnahme der Gendarmerie-Commanden und des Generalcommando's selber, in direkten Verkehr mit der Statthalterei habe treten dürfen: ebenso wenig dürfe sich jetzt irgendemand erlauben, mit dem „Landesverteidigungsministerium“ einen Schriftwechsel anzuknüpfen. Sollte wider Erwarten die Einleitung eines solchen Verkehrs von Seiten des ungarischen Ministeriums versucht werden, so seien dessen Erlassen nicht zu vollziehen, sondern zur weiteren Veranlassung an das „hohe“ Kriegsministerium oder Armee-Oberkommando in Wien zu übersenden. Jener Verkehr aber, der, wie früher mit der Statthalterei, so jetzt mit dem Ministerium stattfinde, sei „selbstverständlich nur in deutscher Sprache“ zu führen und niemals an das Landesverteidigungsministerium, sondern je nach seinem Inhalte entweder an den Grafen Andrássy persönlich oder an das Consilpräsidium, oder an das östliche ungarische Ministerium des Innern zu richten!

### Italien.

Benedig, 28. Febr. [Garibaldi in Benedig.] Gestern Abend, berichtet die Wiener „Debatte“, war der Palast des Patriarchen, der, an den Marcusdom anstoßend, gegen die Piazza front mact, Gegenstand feindseliger Demonstrationen. Rothbemden glaubten die Anwesenheit ihres Führers darum marlaren zu sollen, daß sie dem Kirchenfürsten, sowie auch einem minderen „prete“, die Fenster einwarfen. Vorwand gab der Umstand, daß die in Rede stehenden Gebäude nicht oder doch nicht aureichend beleuchtet waren. Nur involviert aber die Zunutung, daß die Geistlichkeit zu Ehren Garibaldi's illuminierte, nach dessen zweiter Ansprache an die „gloriosa Venezia“ eine geradezu übermenschliche Selbstverlängnung. Denn in der gedachten „parata“ entwidete der Freihaaren-General sein Programm, betreffend die römische Frage, mit solcher Unumwundlichkeit und Eindringlichkeit, daß die Interpretation, welche die Rothbemden seinen Worten gaben, in dem durchweg natürlichen Causalexus von Ursache und Wirkung steht. Aufstellend ist, daß Garibaldi trotz wiederholtem sturmischen Begegnen es gestern und heute unterliegt, zum Volle zu sprechen. Nur am Abend, unmittelbar nach seiner Ankunft, mache er die Arcaden der alten Procuraturen zur Volkstribune und betrachtete den Marcoplatz als einen ungeheuren Hörsaal. Bereits gestern, und zwar ehe noch die Excessen einen mäßigen Grund zur Entbalksamkeit abgeben konnten, entschuldigte sich der gesuchte Gast mit Heiterkeit. Nun munst man aber ziemlich laut, diese Heiterkeit durfte von Florenz aus angeflogen kommen sein. Die Anspielungen auf gewisse „Signori, che Venezia non volvano libera“, die unverblümte Aufschriftung, nur solche Vollvertreter zu wählen, „che non sieno conosciuti né amici, né complici dei Preti“ – dies und noch viel des Ärgerlichen durften an manchen Orten nichts weniger als zeitgemäß gelungen haben. Der Telegraph ist eben ein finster Denunciant! Gestern früh unternahm Garibaldi, durch eine besondere Deputation eingeladen, einen Ausflug nach Chioggia. Auch ein höchst persönliches Motiv soll ihn hierbei geleitet haben; er wollte nämlich, wie erzählt wird, einen Mann wiedersehen und begrüßen, der ihn seinerzeit mit großer Selbstaufopferung aus drohender Gefangenschaft gerettet. Um die Mittagsstunde brachte ein Dampfer den gefeierten Gast zurück. Viel Chioggia gaben ihm das Ehrengeste und das venezianische Volk empfing ihn wieder nicht minder stürmisch als beim ersten Anlanden. Auch von Verona und andern Nachbarstädten sind Abgeordnete eingetroffen, welche die Ausgabe haben, Garibaldi zu einem Besuch zu vertragen. Heute wohnte der Freihaarenführer dem (wohlten) Maskenzuge bei und beteiligte sich recht lebhaft am Tanz und den Orgnengewändern. Die beiden Loggien des Dogenpalastes boten ihm die schönsten Standpunkte, um zu sehen und geben zu werden. Noch ist die Farbe des Tages; wer sich in der Eile ein Garibaldihemd zu acquieren weiß, ist ein vielbedeckter Mann. Auch Frauen huldigen der Blutsfarbe und übertragen sogar noch die männliche Jugend an empressement. Die Garibaldi-hymne ist der weitans vorherrschende Klang und Sang. Die bereits kurz erwähnte Melodie nach dem Vorbild der weiland sierra franca fiel leichtsweise sonderlich großartig aus. Bei aller Eleganz der Ausstellung und Auslegung ließen die Waren selbst doch eher auf Kramer als auf Kaufherren schließen. Der gestern Abend ausgebrochene Sturmwind hat zudem die farbigen Marabutanen noch vor der Zeit hinweggefegt. – Der „Tempo“ sieht folgende Nachrichten über Garibaldi. Der General begab sich mit seiner Tochter Teresa in das Theater Fenice in Benedig. Raum war er eingetreten, als von allen Seiten Hurrahs und begeisterte Bivalis erschallten. Man verlangte Prinz Amadeus im Theater; auch ihn empfang ein allgemeiner Jubel des Volkes und das Orchester gab den königlichen Trompetentusch. Der Prinz dankte und begrüßte das Publikum. In einer Antwort auf eine Adresse des Arbeiter-Hilfsvereins von Benedig sagt Garibaldi, die Priester seien die Thola für Italien. Der General ist nach Udine abgereist. – Die „Gazzetta di Venezia“ meldet, daß die Benedig bewohnenden Amerikaner dem General Garibaldi ihren Besuch gemacht haben. Sie waren sehr zahlreich und wurden von ihrem Consul Garibaldi vorgestellt, der sie als alte Freunde begrüßte. Der General hat auch der Mutter der Brüder Bandiera und den Gräfinnen Montalbani, Comello und Papadopol einen Besuch gemacht. – Der „Movimento“ meldet, daß am Abend des 27. Februar verschiedene Zusammenrottungen vor dem Palaste des Patriarchen sich bildeten und schriessen: „Hängt Fabris und Teppiche heraus! Tod den Priestern! Nieder mit dem Patriarchen!“ Die Ordnung wurde erst dann hergestellt, als General Pedrosi die Nationalgarde vor den Fenstern des bedrohten Palastes aufstellen ließ.

[Die griechische Deputation] berichtet über ihren Empfang bei Garibaldi folgendes: Raum angelommen, trafen wir den General Garibaldi, welcher von der zu Gunsten der Candioten gegebenen Vorstellung nach Hause zurückkehrte. Wir wurden sogleich in Reissleidern eingeführt, da Garibaldi den Wunsch gehabt, uns unverzüglich zu empfangen. Nachdem wir ihm den lebhaftesten Dank für seine Bemühungen zu Gunsten der hellenischen Sache ausgesprochen, drückte er in seiner Erwiderung das wärmste Interesse für den Riesenkampf der Candioten aus und versicherte, daß ganz Italien zu Gunsten der Griechen gestimmt sei. Er selbst habe seinen Sohn Nicotri mit mehreren Offizieren nach Candia geschickt und werde, wenn günstige Umstände eintreten, in eigener Person an Ort und Stelle abgehen.

### Frankreich.

\* Paris, 4. März. [Frankreich und Italien.] Das auswärtige Amt schreibt man der „C. I.“, scheint gesponnen, das Ministerium Nicasoli nach Kräften zu unterstützen, da es sich wohl von radikaleren Elementen im Kabinett nichts Gutes für Frankreich verspricht. Es läßt sich daher angelegen sein, die Nachricht zu verbreiten, daß nach einer Depeche des Herrn Malaret das Kirchengüter-Geschäft mit Herrn Langrand-Dumonceau von Seiten der Florentiner Regierung noch in keiner Weise riskant gemacht worden sei. Ingleichen sei es falsch, daß man dafür die Anerbietungen großer englischer Capitalisten bereits acceptirt habe. Man hat es scheinbar deshalb auch noch nicht releviert, daß die offizielle „Italie“ gegen eine Note des Gelbbuches protestiert und behauptet hat, Baron Nicasoli habe nie an Frankreich versprochen, im östlichen Gebiete einzurücken, sondern nur zugestehen, daß er jeden ähnlichen Versuch, von Freihaaren ausgehend, mit aller Kraft unterdrücken werde. Vielleicht bestimmt man sich aber morgen hier noch anders und remonstrirt doch. Für den Moment beschäftigt die französischen Diplomaten nach dieser Richtung die Anwesenheit des Marquis Pepoli, dessen Aufenthalt jedoch bisher geheim gehalten wurde. Pepoli, der nie ein starker Charakter gewesen, scheint zum Werkzeuge der Florentiner Hofpartei herabgesunken. Wenigstens freut seine Umgebung das Geschick aus, es besteht zwischen Preußen und Italien ein Garantie-Vertrag des resp. Länderegbiets, der ohne Vorwissen Frankreichs abgeschlossen worden und also implicite gegen dasselbe gerichtet sei.

[Mexicanisches] Ein neuer Abgesandter des Kaisers Maximilian, Herr Luis de Arriero, ist in Paris angekommen. Er ist mit einer Mission bei der französischen Regierung betraut, der er Vorschläge betreffs der Aufrechterhaltung des mexikanischen Kaiserreiches machen soll.

Heute Morgen ist eine Kabel-Depeche des französischen Gesandten in Mexico, Dano, hier eingetroffen (via New-Orleans), welche unter dem Datum des 24. Februar meldet, daß sich die Rückwärts-Concentrierung des Expeditionskorps ruhig und ohne selbst auf „partiellen“ Widerstand zu stoßen, vollziehe, so daß man „hoffen“ dürfe, die Truppen Vera-Cruz erreichen zu sehen, ohne daß sie nötig gehabt, einen Flintenschuß zu thun. Die Depeche schweigt aber ganz über die Bewegungen der kaiserlichen mexikanischen Armee und die der Republikaner. – Das französische Transportschiff „Rhône“ ist heute in Cherbourg mit der belgischen Legion angekommen.

[Zur Gesetzgebung.] Der Staatsrat hat heute das Vereinigungsgebot unter dem Vorsitz des Kaisers und einen Zusatzartikel zur Militärvorlage berathen, nach welchem die jungen Soldaten nach Beendigung ihrer Dienstzeit noch 2 Jahre lang der mobilen Nationalgarde angehören sollen. Den Vereinen soll das Recht reserviert national-ökonomischer Versprechungen zugestanden sein. Prinz Napoleon hat sich für eine liberalere Fassung des Gesetzes ausgesprochen. – Das neue Pregebot wird am Donnerstag den Kammern übergeben werden.

[Personalien.] Das Gericht von der Abberufung Mac Mahon's wird als falsch bezeichnet. General Fleury hat vor der Hand keinelei Aussicht, zum Gouverneur von Algerien ernannt zu werden. – Der Senator Buillefray ist in der Nähe des Parks von Monceau tott gefunden worden und man glaubt an einen Selbstmord. – Auf dem letzten Tuilerienball sprach der Kaiser längere Zeit mit Mustapha Fazıl Paşa, dem bekannten Chef des „Jung-Türkenhums“. Er fragte den Letzteren, der den gesiegebenden Körper besucht, wie ihm dieses gefallen. „Vortrefflich, Sire.“ „Und die Reden, sagten sie Ihnen zu?“ „hm, hm! Ich glaube fast, Herr Olivier hat sich blamiert!“ „Ich glaube es auch!“ sagte der Kaiser lachend.

[Zur Anklage gegen Girardin.] Girardin fertigt Paulin Limayrac wegen seines Artikels im „Constitutionnel“ sehr kurz ab. Er meint, sein ehemaliger Mitarbeiter an der „Presse“ habe der Strenge der gerichtlichen Verfolgungen die Ehre seiner Angreifer hingezogen. Die einzige Antwort, die er ihm ertheilen will, ist die, ihn aufzufordern, die „Presse“ von 1852 nachzuschlagen, wo er (Girardin) in zwei Artikeln, und zwar am 31. August und 3. September, als beinahe am Tage nach dem Staatsstreich, ähnliche Protestationen wie am 28. Februar erlassen habe, jedoch ohne daß gerichtliche Verfolgungen stattgefunden hätten. Seit dem 19. scheine also 1867 die Toleranz nicht mehr die nämliche zu sein wie 1852. Selbstverständlich citirt hierauf Girardin seine beiden damaligen Artikel, welche fast eben so heftig sind, wie der vom 28. Februar. – Die „Debats“ weisen auf den guten alten Brauch der französischen Blätter hin, daß, wenn ein Angeklagter vor den Untersuchungsrichter citirt ist, es Sache des Gerichtes bleibt, die Schuld des Bellagten festzustellen; der „Constitutionnel“ mache von dieser alten Regel eine leidige Ausnahme, indem er einen Schriftsteller angreife, dessen Vorladung er Tages zuvor selber angezeigt habe; das sei um so tiefer bei einem Blatte zu beklagen, welches schon durch seine Stellung auf Vorsicht und Mäßigung hingewiesen sein sollte. – Nebenwegen wird das Auftreten Emil Girardin's bei dieser Gelegenheit verschiedenartig beurtheilt. Man weiß bis jetzt nicht recht, was oder wer ihn inspirirt. Wäre Girardin ein ganz moralisch rein dastehender Mann, so würde man jedensfalls nur den Muth bewundern, mit dem er in einem Alter von über 60 Jahren sich einer Gefangenstrafe von 4 Jahren ausgesetzt. Nach dem Prozeß kann er von 1 Monat bis zu 4 Jahren Gefangen und 150 bis 4000 Fr. Geldstrafe verurtheilt werden.) So aber will man erst den weiteren Verlauf der Sache abwarten. – Die „Liberté“ zeigt an, daß Herr v. Girardin wie auch der Drucker der „Liberté“, Herr Serrière, auf Mittwoch, den 6ten März, vor die sechste Kammer des Zuchtpolizeigerichts vorgeladen sind, um sich wegen des Vergehens der Aufreizung zur Verachtung und zum Hass gegen die Regierung zu verantworten. Die Anklage gründet sich auf Art. 4 des Decrets vom 11. August 1848, welcher lautet: „Jeder, der durch eines der in Art. 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1819 aufgeführten Mittel zum Hass und zur Verachtung der Regierung der Republik aufreizt, wird mit Gefangen von 1 Monat bis zu 4 Jahren und einer Geldstrafe von 150 bis 4000 Fr. bestraft. Vorstehende Bestimmung beeinträchtigt nicht das Recht, die Handlungen der Regierung zu discutiren und zu beurtheilen.“ – Die Freunde Girardin's wünschten, daß er sich durch die Herren Berryer und Dufaure vertheidigen lasse. Er bat es ausgeschlagen und will sich darauf beschränken, einige Worte zu seiner Vertheidigung vorzubringen.

[Zur Arbeitseinstellung.] Die Anzahl der Arbeiter, welche durch wöchentliche Zahlungen für diejenigen ihrer Genossen sorgen, welche die Arbeit eingestellt, ist von 6000 auf nahezu 14.000 gestiegen.

[Verschiedenes.] In Lyon liegt eine preußische Fregatte vor Anker, die dort mit großen Ehren aufgenommen werden ist. – Die Gardes-Division Bourbaki wird bis zum 15. bis 20. März mit Chassepot-Gebäuden bewaffnet werden. – Als Oppositions-Kandidat im Departement der Mosel tritt jetzt Frébier v. Hunoldstein, früher Deputierter für Thionville, auf; derselbe, der sich durch die von ihm so hoch bezahlten unechten Briefe Marie Antoinettes auch in Deutschland bekannt gemacht hat. – Die „France“ bestätigt, daß die Regierung beabsichtigt, dem gesiegbenden Körper einen Gefangenwurf vorzulegen, der Herrn v. Lamartine eine Nationalbelohnung zuerkennet. Der betreffende Gesetzentwurf ist bereits an den Staatsrat gesandt und er trägt darauf an, daß Herrn v. Lamartine die Summe von 400.000 Fr. als Nationalbelohnung ausgezahlt werde. – Es ist fast gewiß, daß die Eröffnung der Industrie-Ausstellung statt am 1. April erst am 1. Mai stattfinden wird. Die Arbeiten, namentlich im Parc, sind noch im Rücken, noch mehr aber die Aussteller selbst, obenan die Aussteller von Maschinen u. dgl. – Die enormen Anforderungen und die Veranlagungen der Commission veranlassen übrigens viele Industrielle auf das Ausstellen zu verzichten.

### Großbritannien.

E. C. London, 4. März. [Zum Ministerwechsel.] Die „Times“ betrachtet den Austritt der drei reformfaidlichen Cabinet-Mitglieder als einen Reinigungsprozeß, der die Regierung stärken und die Durchführung der Parlamentsreform wesentlich erleichtern werde. Sie spricht diese Meinung mit der größten Zuversicht aus und ist überzeugt, daß der Herzog von Richmond und Sir Stafford Northcote ihren Vorgängern an Verwaltungstalent nicht nachstehen werden.

Das Publikum (sagt sie ferner) wird die neuen Ernennungen als eine erfreuliche Nachricht degrachten, denn der Reform sind jetzt ihre schlimmsten Hindernisse aus dem Wege geräumt. Das Ministerium ist seiner Fesseln entledigt. Es hat eine offene Bahn vor sich. Der Schafanzler wird nicht mehr zu der traurigen Rolle verdammt sein, sprachen zu müssen, ohne daß er etwas zu sagen hat. Er wird nicht mehr gezwungen sein, das Haus der Gemeinen zu missbilligen und aufzureißen als Wortschärfen eines Cabinets, das keine Meinung hatte, sie sich in grauen Worten ausdrücken ließ... Die Regierung hat eine große Gelegenheit, und der Austritt der missvergessenen Mitglieder ist eine Bürde für den ernsten Willen der Aribigen. Die Nation erwartet eine gute Reform, und wir sehen keinen Grund, warum sie eine Enttäuschung erleiden sollte. Jeder Tag beweist klarer als je, wie sehr die Nation den malischen Forderungen der Agitatoren und Liga-Männer abholt, welche entschlossen und aufzurütteln als Wortschärfen eines Cabinets, das keine Meinung hatte, sie sich in grauen Worten ausdrücken ließ... Die Regierung hat eine große Gelegenheit, und der Austritt der missvergessenen Mitglieder ist eine Bürde für den ernsten Willen der Aribigen. Die Nation erwartet eine gute Reform, und wir sehen keinen Grund, warum sie eine Enttäuschung erleiden sollte. Jeder Tag beweist klarer als je, wie sehr die

Nation den malischen Forderungen der Agitatoren und Liga-Männer abholt, welche entschlossen und aufzurütteln als Wortschärfen eines Cabinets, das keine Meinung hatte, sie sich in grauen Worten ausdrücken ließ... Die Regierung hat eine große Gelegenheit, und der Austritt der missvergessenen Mitglieder ist eine Bürde für den ernsten Willen der Aribigen. Die Nation erwartet eine gute Reform, und wir sehen keinen Grund, warum sie eine Enttäuschung erleiden sollte. Jeder Tag beweist klarer als je, wie sehr die

hat sich als eine keineswegs sehr imposante Kundgebung gestaltet. Der große Trafalgar Square ließ kurze Zeit vor der anberaumten Stunde noch durch nichts darauf schließen, daß hier eine politische Massenversammlung gehalten werden solle. Kurz nach 4 Uhr sammelte sich indessen um die Nelson-Säule eine ziemliche Anzahl Arbeiter. Bald darauf redet Mr. Potter die Versammlung, die in der Zwischenzeit etwas zunahm, als Vorsitzender an. Nachdem noch einige andere Redner gesprochen und ihre Besorgnisse vor den Folgen, die eine unzulängliche Reformbill unter dem Volke hervorrufen könnte, geäußert, auch die Verantwortlichkeit für dieselben abgelehnt hatten, wurde folgende Resolution beantragt und angenommen:

Das gegenwärtige Meeting ist der Ansicht, daß die Regierungsvorschläge in Betreff Reform, wie sie von Mr. Disraeli auseinandergekehrt werden sind, ihrer Natur nach vollständig unzulänglich, die arbeitenden Klassen um ihre Rechte betrügen, und wir fordern hiermit die liberalen Mitglieder des Unterhauses auf, sich jeder Reformmaßregel, die keine gerechte Vertretung des Volkes einfühlt, zu widerlegen. Es ist ferner die Meinung dieser Versammlung, daß den arbeitenden Klassen keine Reformbill, die nicht eine ausgedehnte Erweiterung des Wahlrechts für die Untermieter enthält, genügen wird.

Das Meeting, das, was die wirklich Beteiligten anbelangt, zwischen 2–3000 Personen zählen mögte, trennte sich darauf in aller Ruhe. Wie es heißt, solle eine Reihe ähnlicher Versammlungen an den Sonnabend-Nachmittagen dieser ersten am selben Orte folgen und in einer großen Massen-Demonstration ihren Schluss finden. – Eine in Manchester von der nationalen Reform-Union veranstaltete, zahlreich besuchte Versammlung sprach sich über denselben Gegenstand wie die Londoner Gewerke in ähnlicher Weise aus. Die mit großem Applaus angenommenen Resolutionen enthalten ein Misstrauensvotum gegen das gegenwärtige Ministerium und seine Fähigung, die Reformfrage befriedigend zu lösen, eine Aufforderung an die liberale Partei, in ihrem Widerstand gegen unzulängliche Maßregeln aufzuhalten, sowie eine Definition dessen, was die Union verlangt, bestehend in Erweiterung des Wahlrechts für Mieter und Untermieter und gleichmäßiger Vertheilung der Wahlstimmen.

[In Betreff des allgemeinen Stimmrechtes] hat Mr. Stuart Mill, der radicale Philosoph, an die Reformer in York folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich hoffe, Sie werden mir die Bemerkung gestatten, daß das Prinzip, welches die Legislatur, die für das ganze Volk Gesetze macht und nur einen verhältnismäßig kleinen Theil vertreibt, für eine Ungerechtigkeit erklärt, nicht bei allgemeinem Stimmrecht für die männliche Bevölkerung stehen bleibt, sondern dasselbe auch auf die Frauen ausdehnen muß. Ich hoffe allen Ernstes, daß die englischen Arbeiter die Unrichtigkeit ihrer Beschlüsse dadurch an den Tag legen werden, daß sie sich bereitwillig finden lassen, ihre Prinzipien durchzuführen, wenn dieselben auch anderen Parteien außer ihnen selbst zu Nutzen kommen.“

[Die Königin], die seit dem Tode ihres Gemahls nie länger als eine Nacht in London verweilt, hat dem Vernehmen nach sich entzlossen, in nächster Zeit wieder einmal einen längeren, man sagt achtjährigen Aufenthalt in der Hauptstadt, in Buckingham-Palace, zu nehmen.

[Lieutenant Brand's Schreiben an Burton] ist veröffentlicht. Der jugendliche weibliche Präsident des jamaikanischen Kriegsgerichts erklärt im Wesentlichen weiter nichts, als daß er in Jamaica den Befehlen der Subordination getreu gehandelt habe. Sein Verhalten gegen Burton entstößt er damit, daß er in Jamaica weder Freunde noch Rathgeber um sich gehabt habe.

### Provinzial - Zeitung.

Breslau, den 7. März. [Tagesbericht.]

[Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde um 4½ Uhr von dem Stadtverordneten-Vorsitzender, Kaufmann Stetter, mit einigen geschäftlichen Mitteilungen eröffnet, aus denen wir folgende herüberheben: Auf Antrag der Feuer-Assecurans-Deputation ist der für das Jahr 1866 zu entrichtende Feuersocietäts-Beitrag auf 2 Sgr. für jedes Hundert der Versicherungsumme festgesetzt. Die Gesamtumme der bei der städtischen Feuersocietät versicherten Gebäude betrug Ende Dezember 1866 51,780,410 Thlr. – Der Beerdigung des Eisenbahndarunternehmens verfallen die Kosten der Eisenbahnwagen-Fabrikanten G. Linke, welcher in den Jahren 1848–50 Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung war, hat eine Deputation des Collegii, bestehend aus den Stadtv. Greider, Hildebrandt und Wahner, beigebracht.

Nachdem in Betreff der Entschädigung der Lehrer an den kathol. Pfarrschulen für die durch Herausziehung des Schulgeldes verhängten Verluste neue Verhandlungen mit der Königlichen Regierung in Gang gekommen, ist die Rücknahme der bezüglichen magistratualischen Vorlage erfolgt.

Vor der Versammlung in die Beratung der Vorlagen eingetreten war, beantragte Stadtv. Lent die Vorlage, betr. den Oderbrückendorf, von der heutigen Tagesordnung abzuziehen. Vorsitzender bemerkte unter Hinweis auf die Geschäftsführung, der Beratungsantrag sei am Schlus der Debatte zu stellen und will, da derselbe ohne sachliche Erdterierung sich nicht motivieren läßt, doch er dies darin verschoben werde. Stadtv. Dr. Stein spricht für den Rentlichen Antrag und glaubt, man brauche vor der Beschlußnahme nicht auf die Sache einzugehen. Stadtv. Straka erklärt sich entschieden für die Beratung, daß mit die beihilfe Steuerabgabe Bedeutung das Project erst näher kennen lerne. Stadtv. Lent hebt nachdrücklich hervor, eine sachliche Diskussion könne heut um so weniger stattfinden, da man nicht Zeit genug habe, die Pläne zu studiren, und das Referat eigentlich kein erhabenes Gutachten der Bau-Commission vermitteilt wird. Stadtv. Dr. Eger ist auch für die Beratung. Vorsitzender lädt nun über die Frage abzurütteln, ob sofort über die Beratung beschlossen werden soll. Von 64 anwesenden Stadtvordneten sind nur 25 dafür und die Frage ist somit verneint.

Nächster in die Tagesordnung eingetragene, genehmigte die Versammlung die Erteilung des Zuschlags für die Lieferung von 5½ Millionen Klinke zum Bau des neuen Wasserhochmeters an die Biegeland-Förster, Oderweg, Heider, Scharnowski und Landau an, lehnte hingegen ein beigefülliges Amendum des Stadtv. Jädel ab. Ferner erklärte man sich mit der Erwerbung der dem minderjährigen Herrn Leber gebürgten ½ des zur Verbindungstrasse zwischen der Friedr.-Wilhelmsstr. und Kurzengasse erforderlichen Theiles des Grundstückes Neue Kirche. Nr. 8 von 66,½ Quadratrathen für den Taxpreis von

die öffentlichen Blätter bekannt und Redner hält es im Interesse der Bewohner des westlichen Stadttheiles für gerechtfertigt, daß eben eine genauere Billigung der Vorlage ermöglicht werde. Es handelt sich um ein Project von 1870 Tsd., das Wohl und Webe eines großen Theiles der Bevölkerung, im westlichen Stadttheile von 20,000 Einwohnern erscheine in Frage, wenn man dem Verkehr die beabsichtigte neue Richtung geben wolle. Soviel sei der Brückbau nicht, daß man die laut gewordenen Wünsche der Bürgerlichkeit deshalb unberücksichtigt lassen müsse; die Heiterkeit, welche bei der Neuerung, die Grundzüge der beteiligten Einwohner dürften in Folge der neuen Errichtung am Werth verlieren, sich kundgegeben, war nicht gerechtfertigt; es sei eher der lezte Versuch, welchen jene Bürger zur Wahrung ihrer Interessen gewagt haben.

Stadt. Peterlen spricht gegen die Vertagung, die in den eingegangenen Petitionen nicht motiviert wurde, vielmehr sei dort die Ablehnung des magistratualischen Projectes befürwortet aus Rücksicht auf das Interesse der westlichen Stadtbewohner; eine solche Rücksicht könne aber auch die östlichen Stadtbewohner für sich beanspruchen. Uebrigens ist, wie Redner sagt, das vorliegende Project schon längere Zeit bekannt und vielsach erörtert.

Stadt. Dr. Eger befürwortet die Vertagung, er gehöre nicht zu den gläubigen Einwohnern, die Pläne seien erst später bekannt geworden und die Vertagung soach mit Rücksicht auf das Interesse der beteiligten Einwohner wohl angemessen.

Vorstehender meint, die vorgetragenen Petitionen enthielten keine tatsächlichen Gründe für die Verlängerung, vielmehr nur Befürchtungen, daß aus der projectirten Brückenanlage dem betreffenden Stadttheile erhebliche Nachtheile erwachsen werden. Stadt. Dr. Honigmann wünscht, man möge in die Dabatte selbst eintreten und sich dabei klar werden, ob die Verlängerung notwendig ist. Stadt. Dr. Stein erwidert dem Vorstehenden, die tatsächlichen Gründe für die Verlängerung sind eben die, daß die Stadtverordneten von dem größeren Theile der Vorlage erst seit einigen Tagen informirt sind und die Verlängerung beabsichtigt Prüfung notwendig erscheine, zumal man nicht das Mindeste verliere, wenn mit der Beschlusssatzung acht Tage gewartet wird.

Nachdem die Verlängerung mit 44 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden, befürwortete Stadt. Rogge als Referent das von der Bau-Commission abgegebene Gutachten, welches im wesentlichen die Annahme der magistratualischen Vorlage empfiehlt. Redner erinnert daran, die Verlängerung habe auf die gegenwärtig projectirte Richtung der neuen Brücke bereits reagiert, als sie die Mittel für die Erweiterung des Kaiserthors bewilligte, er macht ferner auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche die Errichtung der bei einem anderen Tractus erforderlichen Nothbrücke verursachen würde, und wies darauf hin, daß etwaige Nachtheile, die für diese oder jene Stadtgegen bei dem vorliegenden Projecte bestreitet werden, sich nach vollständiger Ausführung des Planes für die weiteren Brückebauten im Osten und Westen beobachten dürften. Dieser genau in einem anderen stehenden Plan möge man durch Abschaffung des Projectes, um das es sich jetzt handelt, nicht in unzweckmäßiger Weise unterbrechen.

Stadt. Dr. Weis wünscht von den magistratualischen Technikern Auskunft, ob die Fahrbreite der Brücke für den Verkehr, namentlich an den Markttagen, ausreichend sein wird. Kaufraub Raumann erwidert, die Fahrbreite sei auf 24 resp. 20 Fuß bemessen und als vollständig genügend erachtet worden. Stadt. Dr. Stein wünscht ebenfalls nähere Ausklärungen, namentlich ob ein besonderer Arm der Oderstraße für die Oderstraße in Aussicht genommen ist, der der Verkehr sonst im Kaiserthor sich derart konzentriren dürfte, daß die Fußgänger von den so häufigen Wagen erheblich gefährdet wären. Kaufraub Raumann erwidert, es sei allerdings eine möglichst bequeme Abfahrt von der Brücke nach der Oderstraße vorgesehen. Vorstehender gibt nochmals auf die anfänglich bei seinen Petitionen ein und hält sie dort gedauerten Befürchtungen für vollständig unbegründet. Redner sucht dieselben mit Hinweis auf die Anführungen der Techniker zu widerlegen.

Stadt. Straka bemerkt, es habe vielsach die Ansicht bestanden, daß eine Zweigbrücke errichtet werden soll. Jedentals müsse die Verbindung der neuen Bürgerwerderbrücke mit der Oderstraße im Interesse des westlichen Stadttheiles in sichere Aussicht gestellt werden.

Stadt. v. Kochow spricht für die magistratualische Vorlage. Oberbürgermeister Höpke erklärt, die hier kumulierte Befürchtungen hinsichtlich der Interessen einzelner Stadttheile sind auch magistratualistisch ernstlich erwogen, und eine entsprechende Abhilfe etwaiger Nachtheile ist bei der Erneuerung der anderen Brücken am Wehr vorbehalten; in technischer Hinsicht aber sind die Gründe für die gegenwärtig projectirte Lage der Hauptbrücke als durchschlagend erachtet worden. Nachdem erzielt die Abstimmung, bei welcher die magistratualische Vorlage mit der von der Baucommission vorgeschlagenen Motivat angenommen wird, an den Magistrat das Schreiben zu richten, daß die Ausführung der Fundungsarbeiten, insoweit sich dieselben zur Verdunung eignen, allemal in Theilaccord verdungen werden. Darauf wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

= [Der Ausschuß des Schlesischen Provinzial-Vereins der Victoria-National-Invaliden-Situation] hat bereits eine Reihe von Unterstützungen in Breslau und in verschiedenen Kreisen der Provinz bewilligt. Bei dem nahen Eingehen auf die Verhältnisse stellt sich heraus, wie viele durch den Krieg dadurch in Not gerathen sind, daß sie während ihrer Abwesenheit ihren Nahrungserwerb verloren haben und sich erst wieder einen solchen schaffen müssen. Inzwischen haben sie, besonders wenn es Familienälter sind, Alles zugesetzt, ihre Sachen verlaufen oder verpländert müssen. Auch solche Personen werden, wenngleich gesund aus dem Felde zurückgekehrt, als temporäre Unterstützungsbedürftige anerkannt und unterstützt. Es muß jedoch auch mit der größten Umfassung und gewissenhafter Prüfung zu Werle gegangen werden, da an den Verein auch viele unbegründete Anforderungen herangetragen, denen zu genügen er außer Stande ist.

- [Siegerephäden.] Nach einer neueren Mittheilung beträgt die Zahl der im Kriege von 1864 eroberten Dannebros angeblich 87, die der 1866 eroberten hannoverschen Jahren 17, die der eroberten österreichischen Jahren und Standarten 20. Diese Ephäden sind theils der Garnisonkirche in Breslau, theils dem Berliner Zeughaus überwiesen. Die Zahl der in den Feldzügen gegen Dänemark und gegen Österreich gewonnenen Kanonen soll weit über 800 betragen, die der eroberten Gewehre wird auf 150,000 Stück angegeben.

[Besitzveränderungen.] Antonienstraße Nr. 32. Verkäufer: Herr Kaufmann und Rauchwarenhändler Emanuel Gottstein. Käufer: Herr Kaufmann Eduard Riesenfeld (Leder- und Wollgeschäft). - Kleinburger-Chaussee Nr. 34 (Herkules). Verkäufer: Herr Graf v. Lanskronsky. Käufer: Herr Rittergutsbesitzer Vater auf Nieder-Schwirllan bei Rybnik. - Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 34. Verkäufer: Herr Schmiedemeister W. Schreiber. Käufer: Herr Maurermeister Winkler. - Einhornsgasse Nr. 8. Verkäufer: Herr Bäckermeister Carl Wurst. Käufer: Herr Schlossermeister und Fabrikant landwirtschaftlicher Maschinen G. Wille. - Mestergasse Nr. 15. Verkäufer: Herr Particular R. Reimann in Hainau. Käufer: Herr Handelsmann J. Grabowski, genannt Grabower. - Kupferschmiedestr. Nr. 40. Verkäufer: Geschwister Hoffmann. Käufer: vormaliger Destillateur Jos. Manasse aus Schweidnitz. - Paradiesgasse Nr. 7a. Verkäufer: früherer Schuhputzmeister in Kleinburg. Herr Ferdinand Grottkau. Käufer: Herr Gutsbesitzer Käche. - Bauenzenstraße Nr. 2. Verkäufer: Herr Mauerpolier Tieze. Käufer: Herr Senjal und Kaufmann Jäschke.

[Die städtische Promenade] beschäftigt trotz der ungünstigen Witterung gegenwärtig wieder viele geschäftige Hände unter der Leitung des Obergärtner Lössner. Bündlich wird mit einer bogengesäumten Lindenplantage auf beiden Seiten des Überganges von der alten nach der neuen Schweriner Straße vorgegangen. Am Zwinger garten ist die alte, schmale offene Laube durch eine neue ersetzt, welche, wie früher von Aristolochia (Osterluzei), beschattet werden wird. Auch für ungestört, mit frischen Weidegräben versehene Brüststellen der gesiedelten Bewohner des Stadtgrabens wird in 8 Revieren durch Anlegung von 8 Lössen derart gesorgt, daß auf jedem Fioße rundum 8 Ecken ihre Brüstelröße, inmitten eines Schwan sein Nest mit besonderem Aufgang erbält, das durch Gesträuch von seinen unrubigen, neulustigen Nachbarn getrennt ist. Blumenliebhaber machen wie noch auf einen Vorboten des Frühlings, Galanthus nivalis (Schneeglöckchen), mit seinen schwärzlichen, am Boden grünen, mondförmigen Blüten gezeigt Blütensträuße in der Nähe des Zwingergartens aufmerksam, das jetzt in voller Blüthe steht.

\* [Ein dreifach verbrecherischer Fastnachts-Ult.] Die hiesige Burschenschaft der Racels batte unter diesem Namen ihre alten Herren durch eine Annonce in den hiesigen Zeitungen zu einem am letzten Dienstag auf der Verbindungsstraße zu feiernden sog. Fastnachts-Ult eingeladen. Hierzu hatte sie allerdings vergessen die Genehmigung des zeitigen Rectors der hiesigen Universität Sr. Magnificenz Prof. Dr. Rößbach einzuholen. Um dieses nachträglich zu erlangen, begab sich ein Mitglied dieser Burschenschaft noch vor der Feier dieses Scherzes zu Sr. Magnificenz Professor Dr. Rößbach, war aber nicht wenig erstaunt, von diesem zu erfahren, daß der Scherz inhibirt werden würde, weil im Erlaß der Annonce der Thatbestand eines dreifachen Vergehens enthalten sei. Außer der Rechtfertigung der Genehmigung erhielt Sr. Magnificenz zweitens des Polizeipräsidiums, habe sich drittens die

Burschenschaft einen akademisch unerlaubten Namen, den der Racels, beigelegt. Obgleich nun Sr. Magnificenz entgegnet wurde, daß das erste Vergehen durch die nachträglich eingeholtene Genehmigung wohl geahnt worden sei, doch ferner zur Einholung einer Genehmigung seitens des Polizeipräsidiums, welches eine solche wegen des rein privaten Charakters der abzuhaltenden Versammlung selbst nicht für erforderlich erachtet, keine Veranlassung vorgelegen und daß endlich die Bezeichnung „Racels“ nur im Interesse der einzuladenden alten Herren, denen ebenso wie wohl auch den meisten Professoren und Studenten der hiesigen Universität nur dieser Name geläufig geworden sei, so verbarrete Sr. Magnificenz trotzdem bei seiner Ansicht. Die Burschenschaft sah sich unter diesen Umständen veranlaßt, von ihrem Vorhaben abzusteifen, nahm jedoch die Einladung eines alten Herrn zur Feier eines Fastnachts-Ultzes um so bereitwilliger an und versammelte sich zu diesem Fastnachts-Ultze in dem von diesem alten Herrn gewählten Locale. - Die Feier hatte kaum begonnen, als die akademische Executive-Nacht in Gestalt zweier Pedelle eintrat und im Namen Sr. Magnificenz des Herrn Prof. Dr. Rößbach sämtliche aktive Mitglieder der Burschenschaft zum Verlassen des Locals aufforderte. Das geschah, um jede Handhabe zu einem Verfahren gegen die Burschenschaft zu entziehen. Gedroht der Aufruhr der beiden Pedelle, so mißt mit dieser Entfernung noch nicht erledigt zu sein, vielmehr blieben dieselben, da sie erwarten mochten, daß die hinausgewichenen zurückbleibende würden, noch eine Zeitlang im Festlokal zurück. Die zahlreich zurückbleibende Versammlung alter Herren und Gäste zog es vor, anstatt von ihrem Hausteck gegen die unschuldigen Werlungen Sr. Magnificenz Gebrauch zu machen, den damaligen Scherz fortzusetzen. Obgleich nun die beiden ungeborenen Gäste hierfür eine nicht unpassende Staffage bildeten, so waren deren Gegenwart wie die Dauer denn doch etwas zu langwellig. Der in Folge dessen an sie gerichteten befehlenden Aufforderung, sich zu entfernen, leisteten sie denn auch Folge. Sie erneuerten zwar nach einiger Zeit ihren Besuch, entfernten sich jedoch als sie keine aktiven Mitglieder antrafen. Wir wissen nun zwar nicht, ob damit die Sache beendet ist, glauben jedoch auch den größeren Publikum den bisherigen Sachverhalt um so weniger vorenthalten zu dürfen, als denselben bekannt sein durfte, daß derartige Fastnachts-Ultze von derselben Burschenschaft ohne jegliche Anfeindung von Seiten der akademischen Behörde seit einer Reihe von Jahren in ähnlicher Weise annonciert und gefeiert worden sind. Im Uebrigen meinen wir, daß durch dieses Verfahren der neuerrichtete der Berliner Studenten-Gaß mit Recht wieder angeregtes Agitation für Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit sehr schädliches Material geliefert worden ist.

= = = [Wertheimer e.s.] Zwei Diebe verluden in verlassener Nacht zwischen 10 und 11 Uhr in die Parterre-Wohnung des Hauses Al. Scheitniger Straße 48 einzuwirken. Nach Einbruch einer Fensterscheibe stieg der eine in die Stube, während der andere Wache hielt. Der Nebierbeamte R. jedoch überschreite beide, und es gelang ihm, den eingestiegenen Dieb zu verhaften, während der andere entfloß. - Heute Morgen gegen 8 Uhr fand man auf der Albrecht-Straße, nahe dem Hause Nr. 7, einem männlichen Leichnam in dem Alter von ungefähr 45 Jahren. Nachdem der herbeigeholte Arzt festgestellt hatte, daß der Mann an einem plötzlichen Schlaganfall gestorben sei, wurde die Leiche nach dem Neustädter Kirchhof gesetzt.

J. R. [Verlosungen, Überbrachten, Prämienrungen, Vertheilungen von Geschenken] sind jetzt die Bugmittel, welche bei Veranstaltung von Ballen, Vorstellungen, Abendbühnen u. s. w. angewendet werden, um derselben eine recht zahlreiche Beteiligung zu verschaffen. Eine solche liegt nun wohl zunächst immer im Interesse desjenigen, welcher besagte Festlichkeiten arrangirt, in zweiter Linie erst in demjenigen der Gäste resp. Besucher. In welcher Weise mitunter dergleichen Überraschungen etc. hergestellt werden, möge folgender Faschingsscherz darthun: Ein schlaue Wirth lädt zu einem sogenannten „Gelehrtenabendbrot“ nebst „Tanz“ ein und zwar mit gutem Erfolge. Zum Schlusse der Tafel trägt der Wirth eigenhändig als angeländigte Überraschung eine verdeckte Schüssel an, aus welcher er jeden der Gäste einen mit einem Vers bedruckten Zettel zieht und somit bestimmt, daß derjenige, welcher einen mit einem vorher besondern nam als gemachten Verse versehenen Zettel ans Tageblatt stößt, 15 Silbergroschen zu zahlen habe, während für jeden anderen gegebenen Zettel eine flasche Wein verabreicht werden sollte. Begierig greift ein jeder in die Urne, aber, o Unglück, ein jeder hat den Zettel mit dem verdächtigen Verse, wofür 15 Gr. zu zahlen sind, gezogen. Die Überraschung war natürlich groß, und der Wirth freute sich über deren Gefangen. Der nämliche Wirth daraus aber wurde zur Herstellung einer Pfeife vom lebendigem.

= = = [Grüneberg, 6. März. Predigerwahl. - Schwurgerichtsstellung. - Garnison.] Da der heut stattgefundenen Wahl eines dritten Geistlichen an der hiesigen evangelischen Stadtkirche wurde der bisherige Hilfsprediger in Cossen A. O. Herr Dr. Haase, in diese Stelle gewählt. Die Bewerben unserer Stadt um eine Garnison haben bis jetzt noch immer kein günstiges Resultat gehabt. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Verhandlung machte der Magistrat davon Mittheilung, daß das General-Commando zu Posen die von der Commune gemachten Öfferten für unannehmbar erklärt habe, und daß derselbe darüber Bescheid erwartet, ob Grüneberg die gestellten Bedingungen modifizieren wolle oder nicht. Im Einverständnis mit dem Magistrat beschlossen die Stadtverordneten: die Bedingung, daß nach dem Bau einer Kaserne durch die Commune die Bürger in Friedenszeiten von Einquartierung frei zu bleiben hätten, fallen zu lösen, daß gegen die Forderung einer bestimmten Entschädigungssumme, falls die Garnison eher als in 20 Jahren von Grüneberg wieder verlegt werden sollte, aufrecht zu erhalten. - Da die sich ebenfalls um diese Garnison bewerbenden Communen Sagan und Sprottau bei Weitem nicht so günstige Bedingungen gestellt haben sollen als unsere Stadt, so hofft man hier allgemein, daß sich das General-Commando des 5. Armeecorps tatsächlich dennoch für Grüneberg als Garnisonstadt entscheiden wird.

E. Hirschberg, 6. März. [Predigerwahl. - Schwurgerichtsstellung. - Garnison.] Da der heut stattgefundenen Wahl eines dritten Geistlichen an der hiesigen evangelischen Stadtkirche wurde der bisherige Hilfsprediger in Cossen A. O. Herr Dr. Haase, in diese Stelle gewählt. Die Bewerben unserer Stadt um eine Garnison haben bis jetzt noch immer kein günstiges Resultat gehabt. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Verhandlung machte der Magistrat davon Mittheilung, daß das General-Commando zu Posen die von der Commune gemachten Öfferten für unannehmbar erklärt habe, und daß derselbe darüber Bescheid erwartet, ob Grüneberg die gestellten Bedingungen modifizieren wolle oder nicht. Im Einverständnis mit dem Magistrat beschlossen die Stadtverordneten: die Bedingung, daß nach dem Bau einer Kaserne durch die Commune die Bürger in Friedenszeiten von Einquartierung frei zu bleiben hätten, fallen zu lösen, daß gegen die Forderung einer bestimmten Entschädigungssumme, falls die Garnison eher als in 20 Jahren von Grüneberg wieder verlegt werden sollte, aufrecht zu erhalten. - Da die sich ebenfalls um diese Garnison bewerbenden Communen Sagan und Sprottau bei Weitem nicht so günstige Bedingungen gestellt haben sollen als unsere Stadt, so hofft man hier allgemein, daß sich das General-Commando des 5. Armeecorps tatsächlich dennoch für Grüneberg als Garnisonstadt entscheiden wird.

E. Hirschberg, 6. März. [Sonnenfinsternis. - Musildirector Julius Tschirch. - Grenzbauden] Unsere Schlitzenbahn erhält vor gestern durch frischen Schneefall eine verbesserte Auflage, die jedoch heute nach der Sonnenfinsternis, welche wir von Anfang bis Ende ungestört beobachten konnten, bei einem Thermometerstand von 0 Gr. R. einen sehr fraglichen Charakter anzunehmen scheint und voraussichtlich nicht lange Schlittenfreuden bringen wird. Nach dem Auftreten des Mondes aus der Sonnenfinsternis überzog sich der Himmel mit trübem, monotonem Gewölle, während derselbe Vormittags mit leichten, weißen Wolken die Beobachtung des Naturerzeugnisses gestattete. Auf dem Hochgebirge lagerten dicke Wolenschichten. - Der Königliche Musildirector und Organist Dr. Julius Tschirch wird morgen mit dem von ihm geleiteten Männergesang-Bvereim im Arnolds-Saal ein Vocal- und Instrumental-Concert geben. Wie ich höre, soll von Petersburg aus eine Aufforderung an Hrn. Musildirector J. Tschirch ergangen sein, sich dagegen um die Organistentitel an der evangelischen Hauptkirche zu bewerben. Dieses Amt ist mit einem Gehalte von 1700 Rubeln verbunden. - Der günstige Schneefall befördert den Besuch der Grenzbauden, von denen herab jetzt eine brillante „Rutschbahn“ die Weingäste für die Langeweile auswärts belohnt. Im Hotel zum „Brennholz“ und „Schwarzen Hofe“ bei Hrn. Ruppert, wie im Gasthause zum „Stern“ und „Schwarzen Hof“ stehen Pferde und Schlitten zur Aufsicht stets bereit. Diejenigen, welche daher noch gewillt sein sollten, sich das Vergnügen einer Grenzbaudenpartie zu bereiten, mögen sich beeilen, es zu thun, ehe es zu spät wird.

Waldenburg, 6. März. [Aufgefunder Leichnam.] Am Sonnabend den 2. März Vormittags wurde in einem Wohnschuppen des Träppler'schen Hauses hierbst der Leichnam eines ca. 40 Jahr alten Mannes aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Mann mindestens schon 3 Tage tot sei. - Am Sonntag Abend in der 11. Stunde verunglückte der Landbrieffräger Gottfried Leuchtmann in Charlottenbrunn dadurch, daß er beim Nachhausegehen von der Tangmusik im „deutschen Hause“ dachlos auf der steilen Treppe ausglitt und hinunterstürzte; die dadurch erlittene Gehirnverletzung hatte den sofortigen Tod zur Folge.

△ Neichenbach, 6. März. [Diaconissenpflege.] Unter den Wohltätigkeits-Anstalten unserer Stadt nimmt der seit dem Jahre 1864 bestehende Diaconissen-Kranken-Bereich einen rühmenswerten Platz ein. Die Diaconissen verpflegen alle Kranken ohne Unterschied der Confeßion unentgeltlich. Auf Besichtigung machen sie keinerlei Anspruch. Im vorigen Jahre wurde die eine Diaconissin in das durch die Prinzessin Marianne in Camenz errichtete Kriegslazarett berufen. Die zweite Diaconissin war im hiesigen Johanniter-Kriegslazarett tätig. Trotzdem sie eine Unterbrechung der gewohnten Tätigkeit eintrat, haben die beiden Diaconissen im Jahre 1866 doch 171 Kranken in deren Wohnungen verpflegt, 2106 Krankenbesuche und 168 Nachtwachen gemacht. - Zur entsprechenden Verzierung ist nun auch eine kleine Bibliothek bestelltristisch, theils lehrreichen und erbaulichen Inhaltes angeschafft. - Die Diaconissen haben in bereitwilligster Weise neben der so überaus anstrengenden Krankenpflege noch die Leitung einer Schule in weiblichen Handarbeiten für arme Kinder übernommen. - Möchte sich die Wohltätigkeit der Unterhaltung dieser segensvollen Anstalt auf das Reichlichste zuwenden.

△ Brieg, 6. März. [Verschiedenes.] Bezuglich meiner letzten Mittheilungen in Sachen der Lehrerbefreiungen kann ich erstere nun dahin er-

gänzen, daß seitens des hiesigen Landratsamtes im Auftrage der königlichen Regierung an sämmtliche Lehrer des Landkreises die Aufforderung ergangen ist, schleunigst ihr jährliches Dienstkommen anzuzeigen. In Rücksicht meiner Mittheilungen, die Gehaltsverhöhung der unteren Beamten hiesiger königlicher Strafanstalt betreffend, muß ich aber berichtigten, daß über diese Erhöhung ein Definitivum noch nicht erfolgt ist, sondern daß die Vorschläge dazu erst im Entwurfe gemacht worden sind. Auch sollen den von mir bei die er Gelegenheit erwähnten 140 Thlr. nur 50 Thlr. als wirkliche Gehaltsverhöhung, die übrigen 90 Thlr. dagegen nur als eine Gratifikation zu betrachten sein. - Für die hiesige Commune dürfte leider wieder eine nicht unerhebliche Ausgabe durch Aufführung eines Neubaues entstehen. Dem Berneben nach soll nämlich der gegenwärtige Wasserthurm des Referats an der Briesigkendorfer Straße den gestiegenen Anforderungen bei vermehrtem Druck der Wassermasse in Zukunft nicht mehr genügen können oder bei höherer Anspannung der Wasserkraft in die Gefahr gerathen, zu springen. Demzufolge soll man jetzt schon die Frage aufgestellt haben, ob es nicht nothwendig sein dürfe, einen höheren und stärkeren Thurm nebst entsprechendem Wasser-Reservoir zu erbauen. Die Baustoffe dieser beiden Gebäude dürften sich leicht auf 10 bis 1,000 Thaler belaufen, doch könnte dann allerdings das gegenwärtige Reservoir nebst Thurm zu anderen Zwecken verwendet werden. - Die gewölbten Veränderungen, welche im kommenden Sommer unserer Stadt zu ihrer Verhöhung bevorstehen, läßt mich auf unseren Schloßplatz zu sprechen kommen. Wäre es nicht viel schöner, wenn der große Platz zwischen der katholischen Pfarrkirche und dem Schloßgebäude statt der unökologischen Prachtwagen-Aufstellung den Schmuck einer lieblichen Baumranke erhielte? Vielleicht unterteilt unsere Verbindungs-Deputation diese beiderlei Frage einer angehenden Lösung. Ebenso erscheint es sehr wünschenswert, daß der Fußweg, der vom Oppelnischen zum Neißer-Thore neben der Hofmauer der königlichen Strafanstalt hinführt, bedeutend erhöht und dem Regenwasser ein besserer Abfluß geschaffen würde; denn bei solcher Witterung, wie gegenwärtig, ist jene Strecke für Fußgänger schwer passierbar.

## Eisenbahn-Zeitung.

\* \* \* Breslau, 6. März. [Die Verbindung zwischen Berlin und Breslau.] Der in der gestrigen Nummer mitgetheilte Artikel der „Nordd. Allg. 3.“ erklärt das von der Oberschlesischen Eisenbahn beabsichtigte Unternehmen einer zweiten direkten Bahn von Breslau nach Berlin für überflüssig oder nicht nothwendig, da der Zweck derselben durch die von der Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn beabsichtigte Abkürzung der Route vollständig erreicht wird. Wenn es sich nur um eine Abkürzung des Weges handelt, könnte der Artikel Recht haben, es handelt sich aber darum, zwischen Berlin und Breslau eine

# Beilage zu Nr. 113 der Breslauer Zeitung. — Freitag, den 8. März 1867.

(Fortsetzung.)  
Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen, Königreich Sachsen, Großherzogtum Weimar. Von Österreich sind ebenfalls Anmeldungen eingegangen; die Entscheidung, ob wegen der dort grafschreitenden Rinderpest Schafe herüber gelassen werden, wird noch abgewartet. — Um an den Ausstellungsabenden den in Breslau ansiedelten Landwirthen gemeinschaftliches Zusammensein und gegenseitigen Dienst-Austausch zu ermöglichen, sind folgende Versammlungen in den comfortablen Räumen des Hotel de Silesie (Club der Landwirthe zu Breslau) in Aussicht genommen. — Am 11. d. Abends 7½ Uhr, Sitzung des schlesischen Schafzüchter-Vereins, in welcher die Frage zur Debatte gelangt:

Unter welchen localen, klimatischen und mercantilischen Verhältnissen empfiehlt sich die Production

- 1) edler Luchwolle (Referent: von Eichborn — Güttmannsdorf),
- 2) von Merino-Lammwolle (Referent: Pietrusky — Popeln),
- 3) die Züchtung von Fleischschafen? (Referent: von Magnus — Drehna).

Am 12. Abends 7 Uhr, veranstaltet vom Club der Landwirthe:

- 1) Vortrag des Herrn Dr. Alexander Meyer: „Über landwirtschaftliche Arbeiterverhältnisse.“
- 2) Vortrag des Herrn Dr. Wildens: „Über die Bewegungen des Magens, resp. Mechanik des Wiederlaufs bei Schafen und Demonstrationen an einem Ort und Stelle zu schlachtenden Schafen.“

Am 13. Abends 6 Uhr, veranstaltet vom landwirtschaftlichen Centralverein. **Lageordnung:**

Haben sich die Einrichtungen bei der Breslauer Schaffau bewährt und sind dieselben für die nächste Schau (1869) zu behalten, eventuell welche Abänderungen erscheinen wünschenswert?

Als Eintrittskarten zu sämtlichen Versammlungen gelten die Ausstellungs- und Entreekarten zur Schaffau. Letztere können bereits vom 10. d. Mts. ab im Bureau des Club der Landwirthe (Hotel de Silesie) in Empfang genommen werden. Die Mitglieder des Schafzüchtervereins und dessen Gäste erhalten besondere Eintrittskarten zugestellt. (Schles. Landwirths. Blg.)

Die Berichte über den Fortgang des norwegischen Heringstangs laufen nicht bestreitigend. So wird unter dem 22. Febr. aus Christiania geschrieben, daß bis zum 20. Febr. auf sämtlichen Häfenpunkten Norwegens nur etwa 200.000 Tonnen Heringe gefischt wurden, während in sonstigen Jahren der Durchschnittsbetrag der bis zu dem genannten Tage gefangenen Heringe 460.000 Tonnen, also mehr als das Doppelte, auszumachen pflegte.

— \* [Gewerbliches.] Mit der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Chemnitz während der Monate Mai bis August wird eine internationale Ausstellung verbunden sein, zu deren Besichtigung eingeladen ist; die Programme werden vom Ausschuß des schlesischen Central-Gewerbevereins ausgegeben.

Bei der am 4. und 5. März stattgefundenenziehung der Hannoverschen Lotterie 5. Klasse fielen nachstehende größere Gewinne:

1000 Thlr. auf Nr. 311. 8307. 1252. 4365. 10782. 13136.
400 Thlr. auf Nr. 870. 8738. 9716. 12149. 8856. 11605.
200 Thlr. auf Nr. 1023. 5591. 5997. 9153. 11249. 6109. 8879. 10334.
100 Thlr. auf Nr. 8090. 4614. 10690. 10327. 7795. 3412. 8036. 12695. 8083. 11522. 11166. 6407. 13307. 5950. 614. 6381. 13419. 13017.
50 Thlr. auf Nr. 10010. 2091. 1489. 13278. 2383. 13221. 12710. 3822. 8775. 6916. 2713. 7718. 8932. 8014. 6649. 7082. 4168. 9908. 1454. 7439. 10077. 6270. 1135. 11189. 6568. 6900. 6307. 114. 3730. 11807. 4571. 7933. 9679. 4387. 533. 1525.

Breslau, 7. März. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rote unverändert, ordinäre 12½—14 Thlr., mittle 14½—15½ Thlr., feine 17—18½ Thlr., hochfeine 19—19½ Thlr. — Kleesaat, weiße fest, ordinäre 19—21 Thlr., mittle 22—24 Thlr., feine 25½—27½ Thlr., hochfeine 28½—29 Thlr. pr. Centner.

Roggen (pr. 2000 Pf.) fest, gel. — Ctr. pr. März 53½ Thlr. Gld. und Br. März-April 53 Thlr. Gld. April-May 52½ Thlr. Br. Mai-Juni 52½ Thlr. Br. und Gld. Juni-Juli 53 Thlr. Br. bezahlt. Juli-August —

Weizen (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. März 72½ Thlr. Br.

Gerste (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. März 50½ Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. März 45 Thlr. Br.

Kaps (pr. 2000 Pf.) gel. — Ctr. pr. März 94½ Thlr. Br.

Rübbel (pr. 100 Pf.) etwas matter, gel. — Ctr. loco 11 Thlr. Br. pr. März und März-April 10½ Thlr. Br. April-May 11 Thlr. bezahlt und Br. Mai-Juni 11½ Thlr. Br. Juni-Juli — Juli-August — September-October 11½ Thlr. Br. 11½ Thlr. Gld.

Spiritus gefästlos, gel. — Quart, loco 16½ Thlr. Br. 16½ Thlr. Gld. pr. März, März-April und April-May 16½ Thlr. Br. Mai-Juni 16½ Thlr. Br. Zum-Juli 16½ Thlr. Br. Juli-August —

Die Börsen-Commission.

## Vorträge und Vereine.

Breslau, 7. März. [Alte städtische Ressource.] Am gestrigen Abend hielt der Vorsitzende, Kaufmann Laßwitz, vor einer Versammlung von Männern und Frauen Vortrag, „Mittheilungen über das Abgeordnetenhaus und Blide auf das norddeutsche Parlament“ enthaltend. Nachdem er vorher der Gesellschaft die Anzeige gemacht, daß am nächsten Mittwoch den 13. d. M. gesellige, d. h. debattirende Männerversammlung stattfinden, am 20. d. Herr Dr. Grosser wiederum einen Vortrag vor Mitgliedern und deren Angehörigen halten und damit wahrscheinlich die Reihe der Männerversammlungen geschlossen werden würde, leitet er seinen Vortrag mit der Hinweisung ein, daß er natürlich den anwesenden Damen gegenüber keinen Vortrag über hohe Politik zu halten beabsichtige, sondern nur die Physiognomie des leichten Abgeordnetenbaues und einige seiner bedeutenden, von Mitgliedern aus allen Parteien schildern wolle. Er schildert zunächst das Sitzungshaus, ein „palastähnliches“ Gebäude, einen Ausdruck, den er inzwischen bald dahin abschwächt, daß dasselbe, in Hof und Garten hineingebaut, mehr einem Schuppen gleiche, der zur Aufnahme von Geräthen der Feuerwehr bestimmt sei. Hierauf führt er die Bühne durch Lese- und Restaurationszimmer, welches letztere bisweilen während der Sitzungen, wenn gerade ein unbekannter oder unverständlicher Redner spreche, sich als Sammel- und Unterhaltungsplatz einer Anzahl Abgeordneter bewähre, in den Saal, beschreibt die Stellung der Rednerbühne, des Präsidentenstuhls, der Journalistentribüne, Anordnung der Sitze, Ministerplätze, der Tribünen für das Publikum nebst den verschiedenen Logen, die Beleuchtung, die sonst, wenn die Sitzungen über die Zeit der Tageszeit hinauswählen, durch Lampen bewerkstelligt, jetzt aber durch Kronleuchter verbesert worden sei, und ging dann zur Schilderung der Parteien über. Im Abgeordnetenhaus seien diesmal 4 Minister (früher 2), Conservativen 117 (früher 84) vertreten; dann folge das linke Cen-trum mit 56 Mitgliedern (früher 104), die Fortschrittspartei mit 141 (früher 163), die katholische Fraktion zähle 15, die Ultraliberale 25, die Polen 24, die freie conservative Vereinigung 37, die Nationalen 23, Wilde, d. h. kleinere Partei angeliefert 16. — Hierauf ging Herr L. zur Schilderung einzelner berborrage der Mitglieder der verschiedenen Fractionen über. Als der Redakteur hob er Herrn v. Blankenburg, Wagner und Graf v. Culenburg (Verwandten des Ministers) hervor. Ersterer sei stets schläfrig, grob aber doch scharf; die „heilige“ Demokratie habe ihm früher noch öfter zur Zielliebe seiner Angriffe gedient, indem sie ihm in der letzten Zeit einzigen Respect eingebläfft zu haben scheine. Seine persönlichen Angriffe gaben oft Anlaß zu einer Reihe „persönlicher Bemerkungen“. — Wagner, früherer Kreuzungs-Redakteur, habe eine laute, aber etwas belebte Stimme und einer saltungs-vollen, an Prediger erinnernden Vortrag; er sei der beste Redner seiner Partei. Graf v. Culenburg, ein gewandter Redner, habe sich besonders durch seine Rede gegen die Schulhaft verborghen; Wantrup, Schulrat, ehemals der Geliebte des Kladderadatsch, verhalte sich jetzt schweigsamer, nur gegen Professor Michelis (v. Allenstein) sei er häufiger Gegner. Redner sprach den Zweifel aus, ob Dr. B. wenn er nicht Theologe wäre, diese Stelle einnehmen würde? — v. Gerlach, Neffe des „Kundschauers“, auch geistig sein Verwandter, stotterte aber und erregte häufig Gelächter. Von weiteren Mitgliedern der Rechten nannte der Vortragende noch Bürgermeister Stroßer, Landrat v. Schönning, Herrn d. Nordenflicht, den Gegner der freien Bewegung und Schulze-Delitzsch's Gegner, den Professor Glaser aus Königsberg, der aber zur Beobachtung der Genossenschaftsbewegung in Berlin wohne. Von der „freien conservativen Vereinigung“ hob Dr. L. den Grafen v. Bethbühl-Hüch, einen gewandten Redner, der nach Effect trachte und der kleinen Rednertribüne den Namen Huc(h)-Tribüne verschafft habe, Grafen Renard, in materiellen Angelegenheiten liberal, und Herrn Achenbach hervor, der erst neu eingetreten sei. Zur Partei der Ultraliberalen übergehend, die viele ausgezeichnete Mitglieder, aber mehr Feldherren als Soldaten zähle, nannte er besonders Graf Schwerin-Puzar, Präsident Simson und Freiherr Georg v. Binde-Hagen; Graf Schwerin, bereits 1848 Minister, sei 63 Jahre alt, habe aber das Ansehen eines Fünfzigers, in der Zeit der

neuen Ära wieder Minister, sei er ein ehrenwerther Mann; ganz mit seiner Partei verwachsen sei er stets, früher noch in höherem Grade, Gegner der Demokratie gewesen, als Präsident habe er sich gegen alle Parteien gerecht gezeigt. — Der Appellations-Courts-Präsident Simson, auch gegenwärtig zum Präsidenten des norddeutschen Parlaments gewählt, sehr älter aus, als er sei, besitzt ein eminentes Talent zum Präsidenten, was ja schon auf der Frankfurter National-Versammlung und auf dem Vereinstag zu Erfurt anerkannt worden sei, sei glänzender und brillanter Redner, wie er in neuerer Zeit ja auch in seiner Rede betreffs des Obertribunalbeschlusses über die Verantwortlichkeit der Abgeordneten gezeigt habe. Er sei übrigens Ultraliberale vom reinsten Wasser, der lieber mit Wenigerem zufrieden sei, als zu viel verlange. Der dritte Freiherr Georg v. Binde, 56 Jahr alt, sei beweglich, seine Verdienstfamilie ergiebt sich wie ein Wahnsinn, so daß selbst die Stenographen nicht nachkommen. Entstehende Irrethümer machen ihn zornig. Der Demokratie trat er stets entgegen; trotzdem hat er im Anfang der 60er Jahre in Folge einer Rede über eine Adresse einer Anzahl Breslauer Bürger zur Unterstützung der italienischen Bewegung eine Dankadresse der Stadt. Ressource erhalten (deren Aufnahme, wie Referent hinzufügt, allerdings nicht geeignet war, die zu seinen Gunsten erwachten Sympathien zu nähren). Binde ist von je Vertreter des Rechtsbodens, der seit 1848 aber nur noch durchsichtiger oder glatter geworden ist. Er ist ein warmer Vertheidiger der Genossenschaftsbewegung. Herr v. Bonin ist liebenswürdig, kennzeichnend und ehrwürdig, Dr. Haym spricht wenig, kurz, aber gut. Aus dem Centrum der kathol. Partei erwähnte der Vortragende den Abg. Reichensperger, als gewandten Redner und scharfen Dialektiker, der aber die Confessionsrüküsse bisweilen zu hoch stelle; Kammergerichtsrath Rohden sei ein liebenswürdiger, fleißiger Redner der Partei; Michelis, kathol. Priester, sei groß, gedrungen, mit donnernder Stimme begabt, feurig und geeignet, in betreffender Zeit Fanatismus zu erwecken. Er sei demokratisch und jesuitenfeindlich geprägt, stimme für Confessionsfreiheit der höheren Schulen, die Elementarschulen aber sollen confessionell bleiben. Er sei ein Gegner Bismarck's, naturnachrichtlich wegen der Auschließung Österreichs aus Deutschland. Von dem Abgeordneten Hobbeling, einem echten westfälischen Schulzen, ohne Gelehrsamkeit, doch von praktischem Urteil, erzählte hr. L., daß dessen Wahlrede ungefähr so lautete: „Wie ich's mit der Religion halte, wißt ihr! Geld wird nicht benötigt, als wenn es durchaus sein muß!“ er wurde gewählt. — Die Polen, die bei Abstimmungen oft meist zu Gunsten der liberalen Partei den Ausfall gaben, zählen unter sich den gewandten Redner Kantow als Führer und den Abg. v. Waligiersli, der am Schlusse dieser Diskussion die Interpellation wegen der Verkehrslösungen in Rückland einbrachte. Aus dem linken Centrum, aus welchem sehr viele Mitglieder nach Urteil des Vortragenden zur Fortschrittspartei gehörten, indeß viele Fortschrittmänner dort ihre Stelle hätten, hob er Prof. Neissl, den gründlichen Vertreter der Schulehrer; Stabenhagen, d. Carlowitz (eigentlich Fortschrittmann), Elven. Zu den Nationalen sich wendend, charakterisierte Herr L. den Stadtkirchenrat Zweiten, für den Landtag Vertreter Waldburg's, für das norddeutsche Parlament in Neurode-Reichenbach gewählt, Herrn Lasker von stark jüdischem Typus in Physiognomie und Rede, und obwohl klein und unansehnlich, doch von großen Aussichten im politischen Leben, den 65jährigen Präsidenten Lebere, produktive Arbeitskraft, für Genossenschafts- und Vereinswesen unermüdlich, d. Unruh, ehemaligen Präsidenten der Nationalversammlung zu Berlin, Bärst (Bruder des ehemaligen Redakteurs der „Breslauer Zeitung“ und Gastronomen Baron v. Bärst), Rechtsanwalt Höppel (Bruder des biegen Professor R.), große Arbeitskraft und gründlicher Kenner der Volkswirtschaft, Reichenheim, Lüning, Henning und Kannegießer, Ober-Staatsanwalt außer Dienst. In der Fortschrittspartei trat uns zunächst Waldeck entgegen, am 31. Juli 1802 zu Münster geboren, in der Jugend Töchter, von Heinr. Heine geachtet, seit 1846 stets nach Ober-Tribunalrats, Vater der Verfassung vom 5. Dezember 1848; 1849 durch ein „Bubenstüb“\*) der Kreuzzettungspartei, Odm. Götsche, Bierius angeklagt, nach 6½ monatlicher Haft freigesprochen zum Jubel Deutschlands, vielfach, auch von der städtischen Ressource, mit Ehrengeschenken belohnt, seit 1858 wieder auf politischem Felde, seit 1860 in den Kammern Italiens, jetzt ins norddeutsche Parlament gewählt. Redner gesteht, daß ihm selbst Waldeck's Urteil in zweifelhaften Fällen maßgebend sei und weist auch in Bezug auf das neue Parlament auf Waldeck's Urteil hin, welches die Gefahren des Parlaments für die innere preußische Verfassungsmöglichkeit ausdrücklich bezeichnet, indem dessen Nachgiebigkeit benutzt werden kann, auch die constitutionellen Rechte Preußens zu beseitigen. Das Werk der Vereinigung sei schwer und vielleicht für Preußen gut, wenn es scheitere. Die volkswirtschaftlichen Aufgaben des norddeutschen Bundes würden sich ebenso durch Specialverträge lösen lassen, und daß man von den Letzteren ein zu viel des Nachgiebens, um nur etwas zu Stande zu bringen, fürchten könne, sei nach den bisherigen Erfahrungen gewiß. Das Volk aber werde bei einer späteren Neuwahl zu einer solchen Versammlung seine Interessen wahrzunehmen gelernt haben. Bei seinem Hauptredner, der Charakterisierung der Abgeordneten zurückkehrend, sprach Herr L. über Dr. Joh. Jacoby aus Königsberg, den er übrigens trotz der gerechtesten Würdigung als einen der edelsten Charaktere, das schlechteste Vorbild eines Mannes, doch für einen zu großen Idealisten hält und nicht für den geeigneten Vertreter des vorwiegend annectonistischen Breslau's. Trotzdem verdienten Ausdrücke wie „Jacoby schwindet“ den Tadel der vollsten Indignation. Von seinen Charakterzügen erwähnte der Vortragende nur den einen, daß Jacoby 1849 des Hochverrates angeklagt, aus der Schweiz, wo er sich gerade unerreichbar für die preußische Verfolgung befand, freiwillig heimkehrte und sich den Gerichten stellte! Den Professor Birchow bezeichnete der Vortragende als den Vertreter des jungen Demokratie, einen Mann, auf allen Gebieten heimisch, von unermüdlicher Arbeitskraft, Professor, Arzt, Abgeordneter, Vereinslehrer und Familienvater zu gleicher Zeit; ferner schilderte L. Dr. Löwe, den Präsidenten des Frankfurter Parlaments; Dr. Kosch aus Königsberg, dessen Ernennung zum Cultusminister 1848 bereits bestimmt war und nur rüdigfähig gemacht wurde, weil — Kosch Jude ist und sich nicht taufen lassen wollte; H. Becker; Frenzel, dem die Erholung im Gefängnis gut bekommen ist; den Landgerichtsrath Groote, scharf, klar, durch Klarheitlichkeit etwas gereift; Clasen-Kappelmann, vom Abgeordnetenfeste zu Köln bekannt, vielfach veracht, hat sich aber durch seine Reden zu Gunsten der Stadt Frankfurt Respekt erworben; den Reichstag-Schatzmeister Runge in Berlin, der stete Arbeiter für die liberale Partei. Endlich gab der Vortragende noch ein Bild des Lebens eines gewissen Abgeordneten. Früh um 8 Uhr wird in der Regel aufgestanden, von 10 Uhr bis 3 Uhr Sitzung des Hauses oder einer Commission, dann folge von 7 bis 9½ eine Sitzung, dann bis 11½ Uhr parlamentarische Unterhaltung in einer Restauration. Bei der dann erfolgenden Rückkehr in die Wohnung wartet bereits ein „Schinken“, d. h. ein in dieser Form verpacktes Conditon-Dreieck und Schriftsachen, die bis zum nächsten Morgen durchgesehen sein wollen! So schließt der Tag eines Abgeordneten.

\* Breslau, 7. März. [Verein der südostlichen Vorstadt.] Die gemäß der ergangenen Einladung gestern Abend im Friedrichschen Locale (am Mauritiusplatz) abgehaltene Versammlung war von Bewohnern der südöstlichen Vorstadtbezirke mäßig besucht. Herr Kaufmann Schiefer eröffnete die Verhandlung, indem er über die vorbereitenden Schritte des provisorischen Comite's berichtete. Dasselbe hatte sich über den Umfang des neuen Vereins und über das selbiges als Vorlage dienende Statut des Bezirksvereins im nordwestlichen Theile der inneren Stadt verständigt. Nachdem die Versammlung Herrn Schiefer zum Tagespräsidenten gewählt hatte, entschied man sich einstimmig für die Gründung des neuen Vereins. Demnächst wurde das Statut eingehend berathen und paragrafweise festgestellt. Nach § 1 umfaßt der Verein 7 Vorstadtbezirke, nämlich den Schweidnitzer, Angerbezirk 1., 2. und 3. Abtheilung, den barthärzige Brüder- und Vorwerksbezirk. Änderungen des vorgelegten Statuts sind beschlossen im § 2, worin nun als Gegenstände der Verhandlungen politische Fragen (statt Tagesfragen), kommunale Angelegenheiten &c. bezeichnet werden; ferner im § 7, wo der Zusatz angenommen ist: „Zur Geschäftsfähigkeit des (aus 15 Mitgliedern bestehenden) Vorstandes ist die Anwesenheit von 9 Mitgliedern erforderlich. An den über die wichtigeren Paragraphen gesetzten Erörterungen hatten die Herren Krönig, Fräulein Hoffrichter, Kämpfer, Th. Delser, R. Sturm, Gründemann, Hübsch, Dr. Eisner, Finster und der Vorsitzende sich lebhaft beteiligt. Nachdem das gesamte Statut genehmigt war, wurde die Wahl des definitiven Vorstandes für eine der nächsten Sitzungen vertagt und es erfolgte die Einschreibung der Mitglieder. Damit \*) Eigener Ausdruck des Staatsanwalts.

war der neue Bezirksverein constituiert. Rächt anderen die künftige Thätigkeit betreffenden Arrangements schlug man auch vor, daß fortan die Versammlungen mit Rücksicht auf die weit auseinanderliegenden Bezirke abwechselnd in der Ohlauer und Schweidnitzer Vorstadt gehalten werden mögen. Das Comité erklärt sich hiermit einverstanden und soll die nächste Versammlung im Gepperschen Locale (auf der Gartenstraße) stattfinden.

\* [Personalien.] Bestätigt: Die Vocatio für Carl Demant zum zweiten Lehrer an der katholischen Pfarrschule zu St. Dorothea zu Breslau. — Ernannt: Der Land. d. b. Schulamt, Ernst, zum Collaborator am ed. Gymnasium zu Oels. — Befördert: Der Gerichts-Assessor Glatte zu Görlitz zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Freistadt.

## Telegraphische Depeschen.

Berlin, 7. März. Die „Nord. A. B.“ meldet: Den ausländischen Ausstellungs-Commissaren wurde in Paris angezeigt, daß die Aussteller, welche die Aufstellung ihrer Produkte nicht rechtzeitig bewirkt, von der Preisbewerbung ausgeschlossen (nicht ausgeschlossen?) bleibent.

Wischen den conservativen Fraktionen einerseits und den Nationalliberalen andererseits hat sich eine Mittel-Fr

## „Matthäus der Reichs-Evangelist“,

Vortrag des Herrn General-Superintendenten Professor Dr. Erdmann im Mußsaale der königl. Universität, Freitag den 8. März, 6½ Uhr. Billets zu diesem leichten von dem Stadt-Verein für innere Mission veranstalteten Cyclus von Vorträgen für 10 Sgr. sind zu haben in den Buchhandlungen von Dölfer, Goehorsky und Mälzer, sowie bei Pastor von Coelln (Neue Schönfelderstr. 9) und an der Kasse. [2605]

## Vorschuß-Verein für Soboten und Umgegend.

Nachdem der Zinsfuß in unserem Vorschuß-Verein seit 1. Februar d. J. auf 6% p.C. (d. i. 5 p.C. Zins aufs Jahr und circa 1/4 p.C. Provision auf den Monat) oder 2 Pfennige pro Thaler und Monat herabgesetzt worden ist, empfehlen wir denselben unsern benachbarten Collegen (ob mit viel oder wenig Morgen) zum Beitritt, da kein anderer Verein in der Provinz einen niedrigeren Zinsfuß hat.

Der Verein a. bestet seit dem 1. Januar 1864 und sind denselben bis jetzt 321 Mitglieder beigetreten; davon sind etwa 1/2 Landwirthe und zwar aus den 6 angrenzenden Kreisen: Schweidnitz, Reichenbach, Nimsch, Strehlen, Breslau und Neumarkt. Der Vorstand besteht ebenfalls zum Theil aus Landwirthe.

Das Guthaben der Mitglieder beträgt gegenwärtig 10,000 Thaler. Das Gesamtbetriebs-Capital über 21,000 Thlr.

Die mit dem Vereine verbundene Sparkasse gibt 4 p.C. Zinsen aufs Jahr und nimmt von jedem Einzahlungen, jedoch nicht unter 10 Silbergroschen an.

Der Verein ist außerdem noch durch seine anderweitigen Verbindungen jederzeit in den Stand gesetzt, auch außerordentliche Ansprüche an die Kasse zu befriedigen; sowie er auch nach Emanirung des in beiden Häften des Landtages angenommenen Genossenschaftsgesetzes auf Grundstücke darzulehnen beabsichtigt.

Berluste hat der Verein noch keine erlitten.

[708] Soboten im März 1867.

## Mehrere Landwirthe und Mitglieder des Sobotener Vorschuß-Vereins.

### Zahnarzt C. Döbbelin,

Neue Taschenstraße Nr. 1b.

Sprechstunden: Vormittag 9—1, Nachmittag 3—5 Uhr. [2302]

## Casino-Restauracion, Neue Gasse Nr. 8,

empfiehlt echt Bairisch, Gräzer und gewöhnliches Bairisch.

Mittagstisch à 7½ Sgr. Im Abonnement 6 Sgr.

Der große und kleine Saal und 3—4 andere große Zimmer — Alles elegant eingerichtet — stehen Vereinen, Gesellschaften etc., event. auch gratis, von Dölfel, Goehorsky und Mälzer, sowie bei Pastor von Coelln (Neue Schönfelderstr. 9) und an der Kasse. [2498]

Wein, Grogg, sonstige Getränke und namentlich die Küche gut und billig.

△ [Cambrinus-Hof.] Sonnabend den 2. März fand in Wiesner's Local ein geselliges Fest des Cambrinusvereins statt; zufällig traf das geistliche Fest mit dem Geburtstage des Inhabers des Locales zusammen. Lieder auf den Verein, die anwesenden Damen und das Geburtstagfest erfreuten den Geist, guter Trank und Speise den Körper. Insbesondere zeigte das preiswürdige reichhaltige Diner von gastronomischer Bildung des Restaurants, sowie von dem Schrein, seine Gäste zufriedenzustellen, welcher Zweck auch in vollem Maße erreicht wurde. [2592]

Geschäftsleute, sowie überhaupt Personen, welche zur Linderung ihrer Leiden hauptsächlich auf bewährte, gediegne Hausmittel angewiesen sind, sind in der Regel auch competente Beurtheiter, welches Hausmittel ihnen ihre Heilung am sichersten und schnellsten befeitigt. So befinden nachstehende 2 wahrheitsgetreue Schreiben mit einfachen Worten das Vertrauen, welches die Herren Einender durch langjährige Erfahrung zu den [2606]

**Ed. Groß'schen Brust-Caramellen**

gesetzt haben und lassen wir dieselben im Interesse der guten Sache im Auszuge folgen:

Herrn Kaufmann Eduard Groß, Wohlgeboren in Breslau,

am Neumarkt 42.

Braunau, den 18. Februar 1867.

Anbei erhalten Sie 1 Thlr. 14 Sgr., daß ich um 1 Carton Brust-Caramellen à 1 Thlr. und 4 Carton à 3½ Sgr. bitte. So oft ich mich erlaube, nehme ich meine Zuflucht zu Ihrem Fabrikat, welches mir zur Zeit der Not immer gute Dienste leistet. Einlegend ein Schreiben von Herrn Fornest, nach dessen Aussage Ihr Fabrikat ihm sein Leben rettet.

Achtungsvoll ergebenst A. Baum.

Mein guter Herr Baum! Mit größtem Danke habe ich die Sendung Brust-Caramellen von Herrn Kaufmann Eduard Groß durch Sie empfangen und verdanke ich denselben die Erhaltung meines Lebens. Ich wäre ohne dieselben längst nicht mehr, und wenn Sie Herr Groß veranlassen wollten, mir wiederum einige Cartons davon zu senden, so werde ich zu Gott um langes Leben für Sie beide bitten. Ihr dankbarer Fornest.

## Bekanntmachung.

Die Zahlung der Zinsen für die Prioritäts-Obligationen Littr. E. et F. der Oberschlesischen Eisenbahn auf die am 1. April laufenden Jahres fälligen Coupons erfolgt gegen Abgabe der Letzteren, welche in nach Kategorien und Nummern geordnetes Verzeichniß beizufügen ist.

vom 1. April d. J. ab täglich in Breslau bei unserer Hauptstufe während der vormittäglichen Amtsstunden, vom 1. bis 15. April d. J. auch in Berlin bei der Kasse der Disconto-Gesellschaft, in Leipzig bei dem Bankhaus Freye u. Comp., in Stettin bei dem Bankhaus S. Abel jun. während der Vormittagsstunden von 9—12 Uhr, ausschließlich der Sonn- und Feiertage.

Schriftwechsel und Geldsendungen nach auswärts finden dabei nicht statt. Breslau, den 4. März 1867.

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn. [2607]

## Monats-Uebersicht

der sächsischen Bank zu Dresden am 28. Februar 1867.

### Activa.

Gemünztes Geld . . . . .	2,995,637
Kassen-Anweisungen und fremde Banknoten . . . . .	1,333,978
Wechsel-Bestände . . . . .	3,098,578
Lombard-Bestände . . . . .	1,283,980
Staats-Papiere . . . . .	50,000
Verschiedene Debitoren und Activa . . . . .	241,755

### Passiva.

Eingezahltes Action-Capital . . . . .	2,000,000
Banknoten im Umlauf . . . . .	6,693,540
Verzinsliche, nicht unter 3 Monaten kündbare Depositen . . . . .	30,449
Verschiedene Creditoren und Passiva . . . . .	279,939

### Die Direction.

[2594] Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß die Einlösung der Erneuerungs- und Freilose zur 3. Klasse 135. Lotterie spätestens bis zum 14. März d. J. Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts, erfolgen muß. Breslau, den 7. März 1867.

[3055] Die Königlichen Lotterie-Einnahmer.

Beder, Burghart, Graebel, Schebe, Schmidt, Steuer.

[2598] Breslau, den 7. März 1867.

Schlesische Bieh-Versicherungs-Gesellschaft zu Breslau.

Während der letzten vier Wochen wurden bei uns Versicherungen zum Betrage von nahezu 300,000 Thlr. angemeldet. — Indem wir diese erfreuliche Zunahme des Geschäfts zur Kenntnis unserer Herren Interessenten bringen, laden wir wiederholzt zur Beihaltung bei unserem Institute ein und erlauben uns, auf die Empfehlungen und Anerkennungen hinzuweisen, welche uns zum Zweck der Veröffentlichung inzwischen wieder zugegangen sind.

[2599] Breslau, den 7. März 1867.

## Die Direction. R. Stock.

Die Schlesische Bieh-Versicherungs-Gesellschaft hat den Schaden, der mit durch das Fallen von Pferden verursacht wurde, zu meiner Zufriedenheit ausgeglichen und habe ich mich veranlaßt gesehen in Folge dessen auch meinen anderen Biehstand an Rindvieh zu versichern.

Ich kann meinen Herren Collegen die Schlesische Bieh-Versicherungs-Gesellschaft bestens empfehlen. Raake, den 1. März 1867.

von Kessel, Majoratsbesitzer auf Raake.

## Neues Mailänder 10-Frs.-Anlehen.

Ziehungen: März, Juni, September, Dezember. Gewinne: 100,000, 50,000, 30,000, 10,000, 1000 etc. Preis: 2 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. per Stück. Alleiniger Verkauf für Schlesien

## B. Schreyer & Eisner,

Breslau, Ohlauerstrasse Nr. 84.

## Das Breslauer Asphalt-Comptoir R. Stiller

in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 35, im Hause des Schlesischen Bank Vereins empfiehlt sich zur Ausführung nachstehender verzeichneten Asphalt-Arbeiten unter sicherer Garantie der Haltbarkeit und Normierung billigster Preise. [2343]

Isolierungen auf Grundmauern bei Neubauten gegen Aufsteigen der Feuchtigkeit, Abdichtung der Gewölbe, Keller, Brüden, Bläudite, Kanäle, Kellerwölbungen etc. Belegung der Fußböden von Souterrains, Kellern, Corridors, Hallen, Kästen, Waschräumen, Brauereien, Brennereien, Färbereien, Fabriken, Mühlen, Malzräumen, Käfern, Hospitalen, Gefängnissen, Eisenbahnperrons, Kirchen, öffentlichen Gebäuden, Durchfahrt, Hausschlüren, Treppenpodesten, Remisen, Getreidespeichern, Viehställen, Veranda's, Balcons, Trottos, Höfen, Regelbahnen, Bulvermagazinen, Tanzplätzen im Freien etc. Vertikale Belegung bei Bässen, Minnen, Gruben, Latrinen etc. Lager von echt französischem Asphalt-, Seyssel und Valde Travers, Limmer etc. in Blöden und Pouvre, Goudron mineral der besten Minen.

[2498]

[2499]

[2500]

[2501]

[2502]

[2503]

[2504]

[2505]

[2506]

[2507]

[2508]

[2509]

[2510]

[2511]

[2512]

[2513]

[2514]

[2515]

[2516]

[2517]

[2518]

[2519]

[2520]

[2521]

[2522]

[2523]

[2524]

[2525]

[2526]

[2527]

[2528]

[2529]

[2530]

[2531]

[2532]

[2533]

[2534]

[2535]

[2536]

[2537]

[2538]

[2539]

[2540]

[2541]

[2542]

[2543]

[2544]

[2545]

[2546]

[2547]

[2548]

[2549]

[2550]

[2551]

[2552]

[2553]

[2554]

[2555]

[2

**Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verlaufe des hier unter Nr. 6 Margarethenstraße belegenen, auf 25,785 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. abgeschäften Grundstückes haben wir einen Termin auf den 15. Juli 1867, Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht v. Flans im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büro XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, herrschaftliche Diener Karl Fritsch wird hiermit öffentlich vorgeladen.

Breslau, den 12. Dezember 1866.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

**[588] Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Ohlauer-Vorstadt in der Klosterstraße unter Nr. 85 b und in der großen Feldgasse unter Nr. 16 belegenen, auf 54,475 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf. abgeschäften Grundstückes haben wir einen Termin auf

den 21. September 1867, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Gerichts-Amtsschreiber Lettgau

im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büro XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 4. Dezember 1867.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

**Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Adolfsstraße belegenen, im Hypothekenbuch der Obervorstadt Band 11, Fol. 209 verzeichneten, zum Nachlass des Johann Friedrich Strauch gehörigen, auf 11,981 Thaler 21 Sgr. 8 Pf. abgeschäften Grundstückes haben wir einen Termin auf

den 3. September 1867, Vorm. 11 Uhr, vor dem Stadtdirektor Tieke

im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büro XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei uns zu melden.

Zu diesem Termine werden vorgeladen:

1) der Parfümerie-Fabrikant Wilhelm Jany,  
2) die Erben des Commissionaires Joseph Hirschberg,  
3) die berehel. Branntweinbrenner Kremer, Sophie gebor. Kern, und deren Ehemann, früher zu Dombrowa, bei Krappi, 4) Die Erben des in Oppeln verstorbenen Rendanten O. Betske.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realsrätenden, unter Warnung des Ausschlusses, vorgeladen.

Breslau, den 12. Dezember 1866.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

**[590] Bekanntmachung.**

In dem Concours über das Vermögen des Malers August Grunert zu Breslau ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord ein neuer Termin auf den 26. März 1867, Vormitt. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Zimmer Nr. 47 des 2. Stocks anberaumt.

Die Beteiligten werden hierdurch mit dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concurs-Gläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigt.

Breslau, den 26. Februar 1867.

Königliches Stadt-Gericht.  
Der Commissar des Concurses. Tieke.

Das dem Bauergutsbesitzer Christian Freyer gehörige Grundstück sub Nr. 41 zu Pontwitz nebst Zubehör, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuzeichnenden Taxe, abgeschäft auf 5539 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf., soll am 12. Juli 1867, Vormittags um 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Substitution verlaufen werden.

In diesem Termine wird der Auszügler Heinrich Meiser, modo dessen Erben und Rechtsnachfolger, von Pontwitz hiermit vorgelesen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitution-Gericht anzumelden.

Hels, den 20. Dezember 1866.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

**[591] Bekanntmachung.**

Mit den Worten Coethes: "Wer Allen giebt, muß jedem etwas geben" — erhoffnet der Verfasser das Vorwort zu dieser Sammlung seiner Gedichte, welche er hier in die Welt einführt und für welche er um freundliche Aufnahme ersucht. Möge dieser Wunsch ihm erfüllt werden!

Die Stadt-Bau-Deputation.

**[592] Bekanntmachung.**

Das der Frau Florentine v. Rzeszynka adjudicirte Bauergut Blocisewo nebst dem Vorwerk Barbarci, abgeschäft auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzubehendenden Taxe, soll

am 16. September 1867, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle reibhaft werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden.

Nach nunmehr erfolgter Eröffnung unserer Schiffsahrt hält seine Dienste empfohlen

Eugen Rüdenburg in Stettin. Speditions- und Commissions-Geschäft.

**[595] Bekanntmachung.**

In unser Firmenregister ist ad laufende Nr. 42 bei der Firma: Carl Wuttke zu Jauer"

die Firma ist durch Erbgang auf die Frau Christiane Caroline, verwitwete Wuttke, geb. Hellwig, zu Jauer, übergegangen, und sub laufende Nr. 64 die Firma: Carl Wuttke

zu Jauer und als deren Inhaberin die Frau Christiane Caroline, verwitwete Wuttke, geb. Hellwig, zu Jauer;

eingetragen zufolge Befragung vom 27. Februar 1867 am 28. Februar 1867;

eingetragen worden.

Jauer, den 27. Februar 1867.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

**[596] Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Ohlauer-Vorstadt in der Klosterstraße unter Nr. 85 b und in der großen Feldgasse unter Nr. 16 belegenen, auf 54,475 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf. abgeschäften Grundstückes haben wir einen Termin auf

den 21. September 1867, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Gerichts-Amtsschreiber Lettgau

im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büro XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 12. Dezember 1866.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

**[597] Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Adolfsstraße belegenen, im Hypothekenbuch der Obervorstadt Band 11, Fol. 209 verzeichneten, zum Nachlass des Johann Friedrich Strauch gehörigen, auf 11,981 Thaler 21 Sgr. 8 Pf. abgeschäften Grundstückes haben wir einen Termin auf

den 3. September 1867, Vorm. 11 Uhr, vor dem Stadtdirektor Tieke

im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büro XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei uns zu melden.

Zu diesem Termine werden vorgeladen:

1) der Parfümerie-Fabrikant Wilhelm Jany,  
2) die Erben des Commissionaires Joseph Hirschberg,

3) die berehel. Branntweinbrenner Kremer, Sophie gebor. Kern, und deren Ehemann, früher zu Dombrowa, bei Krappi,

4) Die Erben des in Oppeln verstorbenen Rendanten O. Betske.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realsrätenden, unter Warnung des Ausschlusses, vorgeladen.

Breslau, den 12. Dezember 1866.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

**[598] Bekanntmachung.**

In dem Concours über das Vermögen des Malers August Grunert zu Breslau ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Accord ein neuer Termin auf den 26. März 1867, Vormitt. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar im Zimmer Nr. 47 des 2. Stocks anberaumt.

Die Beteiligten werden hierdurch mit dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Concurs-Gläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Accord berechtigt.

Breslau, den 26. Februar 1867.

Königliches Stadt-Gericht.

Der Commissar des Concurses. Tieke.

**[599] Bekanntmachung.**

Die Lieferung der zum Bau des Maschinenhauses für das neue Wascherhebewerk erforderlichen Granit-Werksteine soll im Wege öffentlicher Submission vergeben werden.

Die Lieferungs-Bedingungen liegen in der Dienertube des hiesigen Rathauses zur Ansicht aus und werden versiegelt, mit der Aufschrift: „Offeraten auf Lieferung von Werkstücken für das neue Wascherhebewerk“ verschiedene Angebote bis zum

22. März d. J. Nachmittags 5 Uhr im Büro VII. des hiesigen Rathauses entgegengenommen.

Breslau, den 2. März 1867.

Die Stadt-Bau-Deputation.

**[600] Bekanntmachung.**

Die Lieferung von Weißkalk für das hiesige neue Wascherhebewerk soll im Wege der Submission vergeben werden. Die Lieferungs-Bedingungen liegen in der Dienertube des hiesigen Rathauses zur Ansicht aus und werden versiegelt, mit der Aufschrift: „Offeraten auf Lieferung von Werkstücken für das neue Wascherhebewerk“ verschiedene Angebote bis zum

22. März d. J. Nachmittags 5 Uhr im Büro VII. des hiesigen Rathauses entgegengenommen.

Breslau, den 28. Februar 1867.

Die Stadt-Bau-Deputation.

**[601] Bekanntmachung.**

Bei Joh. Urban Kern, Neustadtstraße 68, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Eugen Rüdenburg in Stettin. Speditions- und Commissions-Geschäft.

**[602] Bekanntmachung.**

Das dem Bauergutsbesitzer Christian Freyer gehörige Grundstück sub Nr. 41 zu Pontwitz nebst Zubehör, zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuzeichnenden Taxe, soll am 12. Juli 1867, Vormittags um 11 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Substitution verlaufen werden.

In diesem Termine wird der Auszügler Heinrich Meiser, modo dessen Erben und Rechtsnachfolger, von Pontwitz hiermit vorgelesen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substitution-Gericht anzumelden.

Hels, den 20. Dezember 1866.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

**[603] Bekanntmachung.**

Das der Frau Florentine v. Rzeszynka adjudicirte Bauergut Blocisewo nebst dem Vorwerk Barbarci, abgeschäft auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzubehendenden Taxe, soll

am 16. September 1867, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle reibhaft werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden.

Nach nunmehr erfolgter Eröffnung unserer Schiffsahrt hält seine Dienste empfohlen

Eugen Rüdenburg in Stettin. Speditions- und Commissions-Geschäft.

**[604] Bekanntmachung.**

Das der Frau Florentine v. Rzeszynka adjudicirte Bauergut Blocisewo nebst dem Vorwerk Barbarci, abgeschäft auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzubehendenden Taxe, soll

am 16. September 1867, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle reibhaft werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realsforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden.

Nach nunmehr erfolgter Eröffnung unserer Schiffsahrt hält seine Dienste empfohlen

Eugen Rüdenburg in Stettin. Speditions- und Commissions-Geschäft.

**[605] Bekanntmachung.**

Das der Frau Florentine v. Rzeszynka adjudicirte Bauergut Blocisewo nebst dem Vorwerk Barbarci, abgeschäft auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzubehendenden Taxe, soll

am 16. September 1867, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle reibhaft werden.

Diejenigen Gl

**Aufforderung.**

Die unbereh. Franziska Franke, welche Ende des Jahres 1865 in dem Gasthause "zum deutschen Hause" hier selbst bei dem Gastwirth Ellerwald als Kochin gebient, wird hiermit aufgefordert, ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort dem Königlichen Kreis-Gericht hier selbst anzugeben, damit ihr eine rechtskräftig ertrittene Forderung ausgezahlbt werden kann. Leobschütz, den 3. März 1867. [796]

Der Rechtsanwalt Fischer.

Eine Herrschaft in einer Stadt in Galizien sucht einen Compagnon zu einer neu erbauten Dampf- und Wassermühle (Hochmühle), ein Vermögen von 8—10,000 Thlr. ist dazu erforderlich; wünschenswerth ist ein Müllermeister, der selbiger den Ein- und Verkauf leiten soll. Täglich werden 80 Sack gemahlen, das fertigte Mehl ist bis jetzt nach Preußen versandt worden. [801]

Auch Güter von 12—25,000 Thlr. guten Ackern, Wiesen, Gutweiden, auch große Waldungen. Nähre Auskunft erhält unter portofreier Anfrage C. Giller in Dobromil, Kreis Sanok in Galizien.

**Gut gelernte Dompaffen**

oder Gimpel, die 1 auch 2 Liefer pfiesen, sowie auch halbgelernte und echte Harzer Kanarienvögel find an gekommen u. billig zu haben bei Aßl, Oderstraße 20, 1. Etage. [3054]

**Gaebel & Comp.**

in Breslau,  
Alt-Büsserstrasse 2, zunächst der Junkernstr., empfehlen: [1223]

Rhein- und Moselweine, pr. Fl.	7½	Sgr. etc.
Milde Bordeaux-Weine,	9	-
Ungar-Weine, herb und süß,	12½	-
Burgunder, Malaga,	15	-
Madeira, Portwein,	15	-
Deutsche moussirende Weine,	25	-
Echte französ. Chambagner,	40	-
Bat.-Araç u. Jam.-Rum,	12½	-
Vognac u. Franzbrannt- wein,	15	-
in vorzüglicher Qualität.		

**Crucifixe und Altarleuchter**  
von Gusseisen, schwarz, bronciert und vergoldet, Hänge-Crucifixe, Kronleuchter, Altarbilder, Christuscorpus auf kleine und große Kreuze u. werden ausverkauft bei [2602]

**Hübner & Sohn,**  
Ring 35, 1 Treppe.**Glyeerin**

gegen ausgeprägte und spröde Haut. Die Flasche 5 Sgr. [2599]

Glyeerin-Seife, das Stück 2½, 5 u. 6 Sgr.

G. G. Schwartz, Ohlauerstr. Nr. 21.

Ein schönes Haus mit Garten, in der Nähe des Stadtgrabens hier, welches gut rentiert und nur eine Hypothek à 4% p.C. Zinsen hat, bin ich beauftragt für 17,000 Thlr. bei 6000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. [3062]

Ehrliche Reclatanten wollen sich brieftisch melden.

G. Alexander-Katz, Klosterstraße, Nr. 1e.

**Die Brauerei**  
alte Sandstraße Nr. 1 am Neumarkt ist vom 1. Juli 1867 ab zu vermieten. Ein eisernes Kühlgeschäft und zwei Bottige sind kürzlich neu erbaut, die Feuerung zu Kohlen neu eingerichtet z. c. Das Nähre alte Sandstraße Nr. 1, eine Treppe beim Eigentümer. [3060]

Gefällige Aufträge auf **Österliches Mehl** können nur noch bis zum 14. d. M. effectuirt werden. [3032]

**Die Verwaltung**  
der Ohlauer Dampfmühle.

**Noch gute Rebhühner,**  
das Paar 16 u. 18 Sgr., empfiehlt R. Koch, Rathaus-Seite Nr. 2 im Keller. [3056]

**Kasten-Wagen.**  
Ein eleg. 2rädr. Wagen für Manufact. sich eignend, ist zu verkaufen Kupfermiedestr. 24 im Gewölbe. [2580]

**Eine Kirsch-Presse**, wird sofort zu kaufen gesucht von B. Cohn, Neue Graupenstraße 11. [2608]

**Prager Puzstine,**  
das beste Puzmittel (trocken, ohne Wasser oder Spiritus) für alle Sorten Metalle, als Gold, Silber, Neugold, Messing, Kupfer u. auch zum Reinigen der Fensterscheiben und Spiegel. Das Stück 1 und 2 Sgr. [1513]

**Patent-Puzsteine,**  
zum Puzen der Messer u. Gabeln. Stück 4 Sgr. Zum Wiederverkauf mit Rabatt. G. Schwarz, Ohlauerstrasse Nr. 21.

**Enden.** Von holländ. Voll-Heringen, Garbellen und Läberda halten wir stets großes Lager und empfehlen davon bei Partie und kleinen Gebinden. [591]

M. J. Schulte u. Sohn.

**Bimstein-Seife,**  
zur gründlichen Reinigung der Haut, jeder Haushaltung zu empfehlen, namentlich auch für Kinder. Das Stück 4, 2 und 1 Sgr.

G. Schwarz, Ohlauerstr. Nr. 21.

**Pferdemarkt,**

der erste diesjährige, wird in der Kreisstadt Tarnow in Galizien am 18. März 1867 und den folgenden Tagen abgehalten werden.

Tarnow, den 28. Februar 1867.

**Caroussel-Reiten**

findet Sonnabend, den 9. März, Abends von 8—9 Uhr statt, somit jeden Mittwoch und Sonnabend bis auf Weiteres. [3067]

F. Preuse, königl. Universitäts-Stallmstr.

**Ein Paar hohelegante****Wagen-Pferde,**

Rappenstuten, ohne Abzeichen, 4 u. 5 Jahr alt und 5 Zoll groß, fromm und gut eingefahren, sehr flott, ohne Fehler, sind zu verkaufen und das Nähre darüber beim unterzeichneten Besitzer zu erfahren. [799]

Ober-Wilcza ver. Wilcowa Ober-Schlesien, den 4. März 1867.

Emanuel Langer, Rittergutsbesitzer.

Das Dominium Fürsten-Güsguth bei Bernstadt, Kr. Oels, verläuft 11 Stück vierjährige Schnittoschen und 1 silbergraue Stammosche Holländer Race, auch stehen 7 Stück Mastoschen, welche jedoch erst Ende April ausgemäht sind und bis dahin stehen bleiben können, zum Verkauf. [3020]

**Das Wirtschafts-Amt.**

Hiermit zeige ich ergeben an, daß ich sehr schöne junge sprangfähige Holländer und Holsteiner Stiere zum Verkauf stehen habe. [3064]

Neudorf-Commende Nr. 75, bei Breslau.

**Kirsch.**

1 gelbe engl. Dogge (Namens Vor) ist verl. geg. Wiederbr. eine ang. Belohn. Junfernstr. 24. E. Neimann, Fleischermfr.

Weissen gewässerten und trockenen Stock- und Flachfisch, Speckstücke, geräucherter Lachs, Pommerische Gänsebrüste u. Keulen, hellgrauen Hamb. und Alstrach.

Winter-Caviar, Neunaugen, marinirte Ale, schöne Holländische milde [2616]

Jäger-Fettheringe, das Stück 1—1½—1½ 2 Sgr., die ¼ Do. 1½ Thlr. Sonnenweise billigte Stabpreise bei

**G. Donner,** Stockgasse 29, in Breslau. Hering-, Sardellen-, Seefisch- u. Delicatessenhdg.

Ein Candidat philos. wünscht in der deutschen Literaturgeschichte oder in den klassischen Sprachen Unterricht zu erhalten. Näheres bei Hrn. Prof. Haase im Universitätsgebäude. [3004]

Ein Cand. phil., evang. Conf., wünscht von Ostern ab eine Hauslehrerstelle anzunehmen. Offerten wolle man an die Exped. der Bresl. Stg. sub N. D. 15 fr. einsenden.

**Offerte.** Ein sicherer militär. junger Mann, welcher im Stabeisen-Geschäft sowohl auch an einer Hütte fungirt, aktiv, auch unter mäßigen Bedingungen beliebige dauernde Anstellung. Gütige Offerten sub M. B. 98 an die Expedition der Bresl. Stg. zu richten. [693]

**Gesuch.** Ein junger militär. Mann, achtbarer Famille, m. Buchs. u. Corresp. vertraut, d. poln. Sprache mächtig, aktiv, wünscht, wenn auch u. bescheid. Anspr., eine dauernde Anstellung auch i. Branche anzunehmen. Antritt event. auch i. Kürze. Ges. Off. sub A. S. 99 a. d. Exped. d. Bresl. Stg. erbitten. [694]

Ein gebiegener junger Kaufmann, gelernter Materialist, als tüchtiger Verkäufer wie im Comtoir ausgebildet, welcher seine letzte Stellung in Folge des Krieges durch Wieder-einberufung zum Militär verlor, sucht baldiges Placement. Ges. Offr. in der Exped. der Bresl. Stg. sub M. G. # 14. [790]

**Herrschaftl. und bequeme Beamten-Wohnungen** von 50—250 Thlr. sind zu vermieten. Offenegasse- u. Adolphstrasse-Ecke, sowie Adolphstrasse Nr. 6, dergleichen sind eine

**Restauration** und zwei Gewölbe eingerichtet. [2536]

**König's Hotel,** 33. Albrechts-Strasse 33, befindet sich genauer Beachtung ganz ergebn. 6. und 7. März. Abs. 10 U. Ma. 6 U. Näch. 2 U.

Lufstdr. bei 0° 329°40 325°71 329°57  
Luftwärme — 0,3 — 1,8 + 1,8  
Thauptpunkt — 2,2 — 3,6 — 1,5  
Dunstättigung 84p.C. 84p.C. 74p.C.  
Wind D 2 D 2 D 2

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Pro 150 Pfd. Brutto in Silbergr. Raps 202.192.178. Winter-Rübsen 182.172.164. Sommer-Rübsen 162.152.142. Dotter 152.142.132.

Kündigungspreise f. d. 7. März. Roggen 53½ Thlr., Hafer 45, Weizen 72½, Gerste 50½, Raps 94½, Rübel 102½, Spiritus 16½.

Börsen-Notiz von Kartoffelspiritus pro 100Qrt. bei 80p.C. Trallesloco: 16½ B. 16½ G.

**Als Geschäftsführer**

oder Verwalter, cautiousfähig, möglichst in einem Fabri- oder Mühlen-Etablissement, sucht ein laufmännisch und technisch gebildeter, jungverheiratheter Mann, der eine Reihe von Jahren ein Mühlen-Etablissement selbstständig geleitet und gegenwärtig noch in Stellung ist, per 1. April d. J. ein anderweitiges Engagement. Gefällige Offerten wolle man unter der Adresse B. L. 40 poste rest. Beuthen O/S. zu richten. [756]

Ein Commis, Specerist, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, gewanderter Expedient, noch aktiv, sucht per 1. April d. J. ein anderweitiges Engagement. Offerten J. S. 423. poste restante Ratibor. [749]

Für mein Eisenwaren-Geschäft suche ich zum sofortigen Antritt einen Buchhalter, der mit Correspondenz und doppelter Buchführung vollständig vertraut und der polnischen Sprache mächtig ist. Qualifizierte Bewerber belieben mir Ihre Offerten baldigst schriftlich zukommen zu lassen. Kattowitz, den 1. März 1867.

[753] Hermann Katz.

Ein junger Mann, Destillateur, sucht bald oder zum 1. April d. J. ein anderweitiges Engagement. Gefällige Adressen belieben man unter Chiffre H. H. # 96 poste restante Gleiwitz gefällig abzugeben. [2571]

Ein tüchtiger und gut empfohlener Ökonomie-Inspector, welcher noch zum 1. April d. J. antreten kann, wird für ein größeres Rittergut in der Provinz Brandenburg verlangt. Gehalt 300 Thlr. bei freier Station z. Weitere Auskunft erhält das landwirtschaftliche Bureau in Berlin, Lindenstr. 89. [775]

Joh. Aug. Goetz, Bureau-Vorsteher.

Ein junger unverheiratheter Wirtschaftsbeamter aus Magdeburg, hier in Schlesien noch aktiv, 15 Jahre beim Fach, sucht zum 1. April oder später als solcher eine Stellung. Welchem der Herren Principale daran gelegen, einen jungen, intelligenten Beamten zu engagieren, bin ich gern bereit, das Nähre mitzuteilen. [2610]

Emil Kabath, Inhaber des L. Stangen'schen Annons-Bureau's, Carlsstraße 28.

10 Thaler.

Ein zuverlässiger, rechtlicher Mann mit gut. Zeugnissen findet Demjenigen, welcher ihm eine dauernde Anstellung als Verwalter, Aufseher oder sonst passend verschafft, 10 Thlr. Anerbieten A. Z. 21 poste rest. Breslau. [3065]

Ein gewandter zuverlässiger Buchhalter, Correspondent und Kassirer sucht Verhältnisse wegen in Breslau eine dauernde Stellung. Die vorzüglichsten Reverenzen ganz bedeutender Firmen im Zollverein stehen ihm zur Seite. Adressen sub P. R. 10 nimmt die Exped. der Bresl. Stg. entgegen. [2984]

Für unser Modewaren-Geschäft suchen zum 1. April d. J. einen Commis, gewandten Verkäufer.

[2595] Gebrüder Friedenhofer, Hirsberg i. Schl.

Zwei Färbergehilfen, die auch das Drucken gut verstehen, können in einer Provinzial-Hauptstadt gute Stellung erhalten. Auch ein gefüllter Färberarbeiter kann dagebst dauernd placirt werden. Nähere Auskunft erhält Herr

S. Rosenberg, [3070] Albrechtsstr. Nr. 59, 1. Etage.

Ein junger Mann von respectabler Familie und guten Schulkenntnissen kann sofort in einem Waaren-Geschäft en gros als Lehrling unter günstigen Bedingungen placirt werden. Selbstgeschriebene Offerten unter Adresse P. Z. 48 poste restante Breslau. [2579]

Ein kräftiger Knabe, welcher deutsch und polnisch spricht und Lust hat, das Destillations-Geschäft gründlich zu erlernen, wolle sich zum sofortigen Antritt melden bei:

[2989] Julius Burgheim. Groß-Strehli, 1. März 1867.

Ein Commis, christlicher Confection, gewandter Verkäufer, der der polnischen Sprache mächtig ist, mit guten Empfehlungen wird zum sofortigen Antritt oder per 1. April d. J. für mein Specerei- und Destillations-Geschäft gefüllt. Bewerber wollen sich persönlich vorstellen, auch muß derselbe mit der Buchführung vertraut sein.

Gleiwitz, im März 1867.

[788] Adolph Schlesinger.

Als Buchhalter, Rentant, Verwalter z. sucht ein tüchtiger und fleißiger Mann in gesetzten Jahren, welcher der dopp. Buchführung vollkommen mächtig ist und bestens empfohlen wird, in einem Fabrikens-, Mühlen- oder sonstigen industriellen Etablissement, oder in einem größeren Geschäft anderweitiges Engagement. Gefällige Offerten werden unter L. S. 16. franco an die Expedition der Breslauer Zeitung erbeten. [2068]

Bacant ist in einem biefigen Geschäft die Stelle eines Buchhalters und Correspondenten für einen jüdischen jungen Mann mit schöner Handschrift und guten Zeugnissen. Adr. F. R. Nr. 11. Exped. der Breslauer Zeitung. [3022]

Ein Commis (christl. Conf.) der polnischen Sprache mächtig, wird für ein Specerei-Geschäft pr. 1. April d. J. verlangt. Chiffre K.R. 13 Oppeln poste restante. [7